

## Deutschland im Schatten Napoleons

**Die Französische Revolution – Auftakt zum 19. Jahrhundert** ■ Ab 1789 wurde das europäische Gesellschaftssystem in seinen Grundfesten erschüttert. Mit der Revolution wandelte sich das absolutistische Frankreich zunächst in eine konstitutionelle Monarchie (1789-1791) und danach in eine Republik (1791-1793). In der Schreckenszeit des „Terreur“ (1793-1794) ging die Revolution in eine Diktatur über, die mit der Hinrichtung **Maximilien Robespierres** beendet wurde. Obwohl das regierende *Direktorium* danach eine gemäßigte Politik verfolgte, konnte sich die angeschlagene Wirtschaft Frankreichs nicht von ihrer Krise erholen.

Wie die Regierungen vor ihm, suchte auch das Direktorium durch eine expansive und kriegsrische Außenpolitik einen Ausgleich für die Rückschläge im Innern zu schaffen. Beseelt vom Glauben an die Revolution, kämpften französische Volksheere gegen die stehenden Heere der traditionellen Mächte Europas (*Erster Koalitionskrieg* von 1793 bis 1797 gegen England, Österreich und Preußen). Das gesamte linksrheinische Gebiet wurde erobert, und der Rhein sollte fortan die „natürliche Grenze“ Frankreichs bilden. Auch in Italien entstanden nach erfolgreichen Feldzügen zahlreiche Tochterrepubliken. Auf Dauer konnte die innenpolitische Misere jedoch allein mit Eroberungspolitik nicht überbrückt werden. Das angeschlagene Direktorium verlor seine Macht, als General **Napoleon Bonaparte** die Regierung am 9. November 1799 stürzte und den Widerstand des Parlaments mit Waffengewalt brach. Ein Kollegium von drei Konsuln trat an die Stelle der alten Regierung. Bonaparte wurde *Erster Konsul* und ließ sich seine Stellung vom Volk bestätigen. Von über drei Millionen Stimmen wurden nur 1562 gegen ihn abgegeben – bei allerdings vier Millionen Enthaltungen. Danach erklärte er die Revolution für „amtlich beendet“.

**Die innere Befriedung Frankreichs** ■ Napoleon nutzte die Sehnsucht der Bürger nach Ruhe, um in Frankreich eine straffe innere Ordnung herzustellen. Die Verfassung, die er im Dezember 1799 vorlegte, sicherte ihm das alleinige Recht der Gesetzesinitiative. Sie „diente weniger der Machtkontrolle als der Machterhaltung“ (*Dieter Grimm*).

Napoleon bemühte sich um einen Ausgleich zwischen den von der Revolution aufgerissenen Fronten. Er hob die diskriminierenden Gesetze gegen den Adel auf und erkannte in einem *Konkordat*\* den katholischen Glauben wieder als Religion an. Der *Code civil* von 1804, das „erste Gesetzbuch eines ständefreien Staates“ (*Hans-Ulrich Wehler*), sicherte dem Bürgertum persönliche Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Gewissensfreiheit, Gewerbefreiheit und Trennung von Staat und Kirche zu. Alle religiösen Bekenntnisse – also auch der jüdische Glauben – wurden rechtlich anerkannt und die Zivilehe beibehalten. Dagegen wurde das 1792 liberalisierte Scheidungsrecht zum Nachteil der Frauen wieder erschwert und die nach jahrelanger Diskussion 1794 abgeschaffte Sklaverei in den Kolonien wieder akzeptiert. Das einsetzende Wirtschaftswachstum verdeckte nur oberflächlich, dass politische Errungenschaften der Revolution wie das allgemeine Wahlrecht, Gewaltenteilung, Presse- und Versammlungsfreiheit unter Napoleon unterdrückt wurden.

Ende 1804 krönte Napoleon sich selbst zum „Kaiser der Franzosen“ und führte die erbliche Kaiserwürde für seine Familie ein. Per Plebiszit ließ er sich dies von den Franzosen bestätigen. Frankreich war wieder Monarchie.

### Maximilien Robespierre

(1758-1794): Rechtsanwalt, seit 1789 Mitglied der Nationalversammlung; sicherte sich seit 1793 eine fast unumschränkte Machtstellung; die Verschärfung seiner Terrormaßnahmen führte schließlich zu seinem Sturz.

### Napoleon Bonaparte

(1769-1821): geboren auf Korsika, General, Oberbefehlshaber in Italien, ab 1799 Erster Konsul, ab 1804 „Kaiser der Franzosen“, starb in der Verbannung auf der Atlantikinsel St. Helena



▲ **Napoleon I. Bonaparte im Krönungsornat.**

Gemälde von François Gérard, 1805.

\* Konkordat: völkerrechtlicher Vertrag zur Regelung kirchlich-staatlicher Angelegenheiten

**Napoleon und das Ende des Heiligen Römischen Reichs** ■ Schon vor seiner Krönung zum Kaiser war sich Napoleon bewusst, dass seine aus der Revolution entstandene Herrschaft eine Provokation für die europäischen Monarchien war. Sicher konnte er sich nur fühlen, wenn er die bisherigen Fürsten entweder besiegte oder in seine Abhängigkeit zwang. Der 1799 ausgebrochene *Zweite Koalitionskrieg*, zu dem England die Großmächte Russland, Österreich, Portugal und die Türkei angestachelt hatte, gab ihm dazu Gelegenheit. Im *Frieden von Lunéville* 1801 konnte er seine Eroberungen sichern. Dazu gehörte das gesamte linke Rheinufer.

Preußen und Österreich hatten es schon 1795/97 – während sie mit der Teilung Polens beschäftigt waren – preisgegeben und festgelegt, dass die betroffenen weltlichen Reichsfürsten für ihre linksrheinischen Verluste mit rechtsrheinischen Gebieten entschädigt werden sollten. Die Grundlagen für diese Entschädigungen erarbeitete ein Ausschuss des Regensburger Reichstages. Das Ergebnis war der *Reichsdeputationshauptschluss*. Ihn musste 1803 das Oberhaupt des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, Kaiser **Franz II.**, anerkennen. Die Schlüsselbegriffe des Reichsdeputationshauptschlusses lauteten *Säkularisation* und *Mediatisierung*. Säkularisation bedeutete die Herrschaftsübernahme in kirchlichen Territorien durch weltliche Fürsten, Mediatisierung die Unterstellung bisher reichsunmittelbarer Stände wie Ritter und Reichsstädte unter die Landeshoheit eines anderen weltlichen Reichsstandes. Alles in allem blieben von knapp 300 selbstständigen Reichsständen noch 41 Flächen- und Stadtstaaten übrig. Die großen Gewinner waren die Herrscher von Preußen, Bayern, Baden und Württemberg. Sie konnten ihre Territorien zum Teil beträchtlich vergrößern.

Nach Frankreichs Sieg über England, Österreich und Russland in der *Dreikaiser-schlacht von Austerlitz* und dem *Frieden von Preßburg* 1805 begann Napoleon I., seine Vorherrschaft in Europa auszubauen. Ein Mittel dazu war es, die Macht der kleineren süddeutschen Fürsten im Heiligen Römischen Reich zu stärken. Sie nahmen Napoleons Unterstützung an, um ihre vollständige Souveränität gegenüber dem Reich zu erreichen und Standeserhöhungen durchzusetzen. Anfang 1806 wurden Bayern und Württemberg Königreiche und Baden Großherzogtum. Im Juli desselben Jahres sagten sich dann 16 Staaten unter dem *Protektorat\** Napoleons vom Reich los und bildeten den *Rheinbund*. Das war das Ende des alten und ehrwürdigen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.

**Napoleons Fernziel** ■ Preußen hatte den Zerfall des Reiches zunächst als neutraler Beobachter verfolgt, war aber dann an der Seite Russlands in den Krieg gegen Frankreich getreten. Seine Armee wurde aber bei Jena und Auerstedt Ende 1806 vernichtend geschlagen. König *Friedrich Wilhelm III.* von Preußen (1770–1840) musste im *Frieden von Tilsit* 1807 akzeptieren, dass Napoleon alle westlich der Elbe gelegenen preußischen Gebiete übernahm und mit anderen norddeutschen Staaten zum *Königreich Westfalen* zusammenfügte. Preußen verlor außerdem seine Erwerbungen aus den drei polnischen Teilungen. Sie wurden Teil des neu gegründeten Großherzogtums Warschau. Das „Grand Empire“ stand auf dem Höhepunkt seiner Macht und Napoleon begann, sein Fernziel umzusetzen: ein politisch, wirtschaftlich und rechtlich einheitliches Europa unter französischer Hegemonie.



▲ **Kaiser Franz II.**  
Gemälde von Joseph Kreutzinger, 1805.

**Franz II.** (1768–1835): Herrscher aus dem Hause Habsburg. Er war von 1792 bis 1806 Oberhaupt des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und regierte bereits ab 1804 als Kaiser Franz I. von Österreich.

\* Protektorat: Schutzherrschaft

**Reformen: Modernisierung zwischen Pragmatismus und Zwang** ■ Napoleon organisierte das linksrheinische Gebiet nach französischem Muster. Es sollte für immer bei Frankreich verbleiben. Als Modell für die Rheinbundstaaten war das neue Königreich Westfalen gedacht. Es erhielt Ende 1807 eine Verfassung nach französischem Vorbild. Es war die erste Konstitution auf deutschem Boden. Darüber hinaus wurden eine zentralistische Verwaltung und der Code civil eingeführt.

Der Machtsicherung und -erhaltung dienten auch die nun einsetzenden Reformen in den Rheinbundstaaten. Um die neu gewonnenen Herrschaftsgebiete zu integrieren und die leeren Staatskassen zu füllen, modernisierten die Fürsten ihre Staaten. Sie schufen einheitliche Wirtschaftsgebiete, zentralisierten die Verwaltung und änderten die Rechtsordnung zum Teil nach dem Vorbild des Code civil. Adel und Klerus verloren dabei Ämter- und Steuerprivilegien, doch die Fürsten schafften die ständische Gesellschaftsordnung nicht vollständig ab.

Unter anderen Voraussetzungen gingen die Reformer in Preußen ans Werk. Riesige Gebietsverluste, erdrückende Tributzahlungen an Frankreich und der Wunsch, bald wieder zum Kreis der Großmächte zu gehören, zwangen die preußische Regierung zu einer Mobilisierung aller Kräfte. Freiherr vom und zum Stein, von 1804 bis 1807 Finanz- und Wirtschaftsminister und von Oktober 1807 bis November 1808 Regierungschef, sowie sein Nachfolger, Karl August Freiherr von Hardenberg, setzten sich für einen effizienteren Staat und den Abbau ständischer Privilegien ein (► M1). Eingeleitet wurden die preußischen Reformen durch das *Oktoberedikt* im Jahr 1807 und die Einführung der *Gewerbefreiheit* 1810. Um die „Landeskinder“ zu selbstverantwortlich handelnden Bürgern zu erziehen, schuf Stein 1808 darüber hinaus eine *Städteordnung*. Sie brachte den größeren Gemeinden mehr *Selbstverwaltung*. Dem militärischen Wiederaufstieg Preußens sollte die *Heeresreform* dienen. Das aus Söldnern und zwangsweise verpflichteten Untertanen zusammengesetzte Militär wurde in ein *Volksheer* umgewandelt. Konsequenterweise fiel dabei das Adelsmonopol für Offiziersstellen. Im *Emanzipations-Edikt* von 1812 wurden den Juden die staatsbürgerlichen Rechte gewährt; höhere Ämter in Justiz, Verwaltung und Militär blieben ihnen jedoch verwehrt. Ein wichtiges Versprechen des preußischen Königs blieb aber unerfüllt: die Verkündung einer Konstitution.

**Gegen Napoleon** ■ Die alten europäischen Großmächte wollten sich auf Dauer nicht von Frankreich unterdrücken lassen (► M2). Nachdem die „Grande Armee“ 1812 in Russland eine halbe Million Menschen verloren hatte, beschloss der russische Zar *Alexander*, den Kampf zur „Befreiung“ Europas fortzusetzen. Doch erst als der preußische General *Ludwig Yorck von Wartenburg* ohne Zustimmung seines Königs Ende 1812 in der *Konvention von Tauroggen* den Russen den Weg nach Ostpreußen freigab, folgte Friedrich Wilhelm III. dem Signal zum *Befreiungskrieg*. Preußen erklärte Frankreich den Krieg. Österreich begann den Kampf erst, nachdem Russland und Preußen dem Vielvölkerstaat die Wiederherstellung der vorrevolutionären Ordnung zugesichert hatten.

Die Rheinbundstaaten kämpften zunächst noch auf französischer Seite. Nach und nach wechselten sie aber das Bündnis und schlossen sich der preußisch-österreichischen Seite an. Die Entscheidung fiel in der *Völkerschlacht bei Leipzig* im Oktober 1813. Napoleon wurde geschlagen, zum Rückzug gezwungen und nach der Eroberung von Paris auf die Insel Elba verbannt. Ein Jahr später, im März 1815, riss er noch einmal die Herrschaft an sich. In der *Schlacht bei Waterloo* wurde er dann endgültig geschlagen. Europa musste neu geordnet werden.



▲ Europa um 1812.

**Anfänge der liberalen und nationalen Bewegung in den deutschen Staaten**

Die Bestimmung des Menschen als eines freien, vernunftgeleiteten, selbstverantwortlich handelnden Individuums geht auf die europäische Aufklärung zurück. Sie bildet die geistesgeschichtliche Grundlage für die im 18. Jahrhundert entwickelte liberale\* und nationale Bewegung. Die Amerikanische und die Französische Revolution sowie die aus der napoleonischen Fremdherrschaft entstandenen Krisen stärkten sie. Insgesamt bestimmten drei parallel verlaufende und sich zum Teil überschneidende Prozesse die Bewegung:

- Da war zunächst das wachsende Bewusstsein, einer deutschen Kulturnation anzugehören. Den Gedanken, dass ein Volk durch Sprache, Religion und Tradition ein bestimmtes Nationalbewusstsein besitzt, hatte *Johann Gottfried Herder* (1744 - 1803) in seiner „Abhandlung über den Ursprung der Sprache“ von 1772 entwickelt. Theologen, Schriftsteller, Historiker, Philosophen und andere Intellektuelle trugen dazu bei, dass diese Gedanken weiterentwickelt, diskutiert und publiziert wurden.
- Der Kampf gegen die Fremdherrschaft sowie die inneren Reformen stärkten die Bewegung. Dabei mobilisierten die Befreiungskriege nicht die Massen, wie es später dargestellt wurde. Die meisten Soldaten mussten zum Kriegsdienst gegen die französischen Truppen gezwungen werden.
- Schließlich stärkte der Aufstieg des Bürgertums die Bewegung. Es gab sich nicht mehr mit der ständischen Ordnung und der politischen Unmündigkeit zufrieden. Die von den Fürsten eingeleiteten Modernisierungen hatten seine Macht gestärkt.

\* liberalis (lat.): freiheitlich, eines freien Mannes würdig

**Die Ziele der liberalen und nationalen Bewegung** ■ Obwohl die deutsche Nationalbewegung zu Beginn des 19. Jahrhunderts nur wenige Anhänger zählte, stellte sie wirkungsmächtige Forderungen auf:

- An die Stelle der deutschen Einzelstaaten sollte nach dem Vorbild des französischen Zentralismus oder des amerikanischen Föderalismus die staatliche Einheit der Nation treten.
- Die ständische Gesellschaftsordnung sollte durch eine Gesellschaft freier und gleicher Bürger ersetzt werden.
- Verfassungen sollten die Menschenrechte, die Gewaltenteilung und die politische Mitbestimmung der Bürger durch gewählte Vertreter gewähren.
- Die Wirtschaft sollte sich ohne Zunftschranken und über die Landesgrenzen hinweg frei entfalten können.

Insofern war die deutsche Nationalbewegung anfangs eine „liberale Emanzipations- und Oppositionsideologie, die sich gegen die spätabsolutistischen Territorialstaaten, gegen die Vorrechte des Adels, gegen das Gottesgnadentum richtete, aber für die souveräne Nation, für die allgemeine Staatsbürgergesellschaft, auch für die harmonische Kooperation aller Nationalstaaten“ (Hans-Ulrich Wehler) stritt. Dies hinderte sie nicht, von Anfang an die eigene Herkunft (lat.: *natio*) überzubewerten, den Nationalgedanken zu einer Art religiösen Idee zu machen und feindselig gegen andere Nationen zu sein (► M3).

**Die Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress** ■ Für die Fürsten bedeutete die liberale und nationale Bewegung eine Herausforderung, da sie die bestehende Staatenwelt und Herrschaftsordnung infrage stellte. Das war den Fürsten und Diplomaten bewusst, die sich 1814/15 in Wien versammelten, um das von Napoleon zerstörte Gleichgewicht der europäischen Großmächte wiederherzustellen. Das Recht der Völker, über sich selbst zu bestimmen, lehnten sie ab, die Verkündung von Verfassungen schlossen sie aber nicht aus. Eine legitime, d. h. rechtmäßige Staatsgewalt konnte ihrer Ansicht nach in Europa nicht wie in den USA vom Volk ausgehen, sondern allein von den alten Herrscherhäusern (*Dynastien*).

Eifrigster Anwalt der *Restauration*, der Wiederherstellung der politischen Zustände, wie sie vor der Französischen Revolution bestanden hatten, wurde der österreichische Verhandlungsführer Fürst **Klemens von Metternich**. Allerdings dachte auch er nicht daran, die Säkularisation und Mediatisierung sowie die Rangerhöhungen einiger Fürsten rückgängig zu machen. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation sollte nicht wiederhergestellt werden. Stattdessen einigte man sich in Wien darauf, in der Mitte Europas nur einen lockeren Staatenbund von 34 souveränen Fürsten und vier freien Städten (Lübeck, Hamburg, Bremen und Frankfurt am Main) zu gründen: den *Deutschen Bund*. Er sollte die innere und äußere Sicherheit der Mitgliedstaaten gewährleisten und das Gleichgewicht der europäischen Großmächte sichern. In Wien hatte man damit die Revolution beendet und eine zwischenstaatliche Friedensordnung geschaffen, die künftigen Wandel nicht ausschließen sollte, ihn aber von allgemeiner Billigung der Monarchen abhängig machte. Die Monarchen Russlands, Österreichs und Preußens verpflichteten sich dazu im Herbst 1815 zu einer **Heiligen Allianz**. Brüderlich wollte man alle revolutionären Veränderungen abwehren. Aus der Kriegsallianz der Sieger war ein Bollwerk gegen innere und äußere Reformen geworden. Außer dem englischen König, dem türkischen Sultan und dem Papst traten alle Regenten Europas der Heiligen Allianz bei.



▲ Fürst Klemens von Metternich.

Gemälde von Sir Thomas Lawrence, 1820 - 1825.

**Klemens Wenzel Fürst von Metternich** (1773 - 1859):

1809 - 1821 österreichischer Staats- und Außenminister, 1821 - 1848 Staatskanzler. Er bemühte sich um die Erhaltung der 1815 hergestellten Herrschaftsordnung und kämpfte gegen liberale und nationale Bewegungen. Bei Ausbruch der Revolution in Wien wurde er 1848 gestürzt.

**Heilige Allianz:** Das Bündnis gegen nationale und liberale Bestrebungen betonte das Gottesgnadentum als Grundlage einer legitimen Herrschaft.

## M1 „Revolution von oben“

In der „Rigaer Denkschrift“ (12. September 1807) skizziert der auf Befehl Napoleons entlassene preußische Staatsminister Karl August Fürst von Hardenberg dem König von Preußen die Grundlagen einer Reorganisation des Staates:

Die Französische Revolution, wovon die gegenwärtigen Kriege die Fortsetzung sind, gab den Franzosen unter Blutvergießen und Stürmen einen ganz neuen Schwung. Alle schlafenden Kräfte wurden geweckt, das Elende und Schwache, veraltete Vorurteile und Gebrechen wurden – freilich zugleich mit manchem Guten – zerstört. Die Benachbarten und Überwundenen wurden mit dem Strome fortgerissen. [...]

Der Wahn, dass man der Revolution am sichersten durch Festhalten am Alten und durch strenge Verfolgung der durch solche geltend gemachten Grundsätze entgegenstreben könne, hat besonders dazu beigetragen, die Revolution zu befördern und derselben eine stets wachsende Ausdehnung zu geben. Die Gewalt dieser Grundsätze ist so groß, sie sind so allgemein anerkannt und verbreitet, dass der Staat, der sie nicht annimmt, entweder seinem Untergange oder der erzwungenen Annahme derselben entgegensehen muss. [...] Also eine Revolution im guten Sinn, gerade hinführend zu dem großen Zwecke der Veredelung der Menschheit, durch Weisheit der Regierung und nicht durch gewaltsame Impulsion<sup>1</sup> von innen oder außen, – das ist unser Ziel, unser leitendes Prinzip. Demokratische Grundsätze in einer monarchischen Regierung: dieses scheint mir die angemessene Form für den gegenwärtigen Zeitgeist.<sup>2</sup> Die reine Demokratie müssen wir noch dem Jahre 2440 überlassen<sup>3</sup>, wenn sie anders je für den Menschen gemacht ist. [...]

Man schrecke ja nicht zurück vor dem, was er<sup>4</sup> als Hauptgrundsatz fordert, möglichste Freiheit und Gleichheit. – Nicht die regellose, mit Recht verschriene: die die blutigen Ungeheuer der Französischen Revolution zum Deckmantel ihrer Verbrechen brauchten oder mit fanatischer Wut statt der wahren, *im gebildeten gesellschaftlichen Zustände möglichen*, ergriffen, sondern *nur diese* nach weisen Gesetzen eines monarchischen Staates, die die natürliche Freiheit und

Gleichheit der Staatsbürger nicht mehr beschränken, als es die Stufe ihrer Kultur und ihr eigenes Wohl erfordern. [...]

Die Nation mit der Staatsverwaltung in nähere Verhältnisse zu bringen, sie mehr damit bekannt zu machen und dafür zu interessieren, ist allerdings heilsam und nötig. Die Idee einer Nationalrepräsentation, so wie sie von dem Herrn von Altenstein<sup>4</sup> gefasst ist, ohne Abbruch der monarchischen Verfassung, ist schön und zweckmäßig. Der Begriff gefährlicher Nationalversammlungen passt nicht auf sie. Durch die Amalgamierung<sup>5</sup> der Repräsentanten mit den einzelnen Verwaltungsbehörden wird sie den Nutzen gewähren, ohne den Nachteil zu haben. Sie soll keinen besonderen konstitutiven Körper, keine eigene Behörde bilden. [...]

Das man dem Provinzialcharakter nicht Gewalt antun und aus Sucht, alles in eine Form, besonders in eine nicht passende, zu zwingen, nicht überall alle Einrichtungen und Vorschriften auf gleiche Weise geltend machen müsse, damit bin ich vollkommen einverstanden. Doch scheint es mir weise, dem Ganzen einen einzigen Nationalcharakter aufzuprägen und nach und nach, jenen Maximen unbeschadet, dahin zu arbeiten, welches auch ohne Zwang geschehen kann. Die Verwaltung nach Provinzen würde ich diesem nach nicht beibehalten, die Verwaltungsdepartements nach den natürlichen Verhältnissen abteilen und benennen und einem jeden eine Kammer vorsetzen. Der ganze Staat heiße künftig *Preußen*. [...]

Walter Demel und Uwe Puschner (Hrsg.), Von der Französischen Revolution bis zum Wiener Kongreß 1789 - 1815, Stuttgart 1995, S. 87 f., 89 f. und 92 f.

1. Arbeiten Sie die Haltung Hardenbergs gegenüber der Französischen Revolution heraus.
2. Nennen Sie wesentliche Aspekte, die nach Hardenberg für eine Reorganisation des Staates zu beachten wären.

<sup>1</sup> Impulsion: Anstoß, Anregung

<sup>2</sup> Offenbar nach dem Philosophen Immanuel Kant (1724 - 1804), der mit Blick auf die Französische Revolution sagte: „Autokratisch herrschen und dabei doch republikanisch [...] regieren, ist das, was ein Volk mit seiner Verfassung zufrieden macht.“

<sup>3</sup> Anspielung auf den utopischen Roman von L. S. Mercier (1740 - 1814), L'an 2440. Rêve s'il en fût jamais

<sup>4</sup> Hardenberg bezieht sich hier auf Überlegungen seines Mitarbeiters Karl Freiherr vom Stein zum Altenstein.

<sup>5</sup> Amalgamierung: enge Verbindung

## M2 „... das muss alle Deutsche fest und brüderlich vereinen“

In einer zuerst anonym als Einzeldruck Ende Januar 1813 veröffentlichten Flugschrift ruft der Historiker und patriotische Dichter Ernst Moritz Arndt zur Erhebung gegen Napoleon I. und dessen Verbündete auf:

Ihr habt das blutige und unerbittliche Ungeheuer gesehen und gefühlt, welches in seinem stolzen Wahn und Übermut sich nichts Kleineres angemäßt hatte, als alle Länder zu bezwingen, alle Thronen zu schänden, alle Völker zu erniedrigen und endlich in satanischer Einsamkeit über einen verworfenen Haufen von Sklaven zu herrschen. [...] Seine Schmeichler und Knechte posaunten es über die Welt aus: Der Unbezwingliche, der Unbesieglige, der Weltbefreier, der Zeitverjünger, der Einzige, der Unvergleichliche komme, sich und Europa an dem treulosen Beherrscher der Russen zu rächen, und den Osten unseres Weltteils gleich dem Westen zu beglücken und zu befreien. Diese Stimmen der Nichtswürdigen krächzten fern und nah alle Buben und Knechte nach; die Matten und Feigen glaubten und zitterten; selbst mache Gute und Wackere wollten fast verzweifeln; nur wenige ehrenfeste und herzhaft Seelen hofften und vertrauten, denn ihnen war in dem schmutzigen Strom der Zeit die Zuversicht auf Gott und das Licht der Geschichte nicht untergegangen. [...]

Eine neue Zeit wird beginnen, eine große und herrliche deutsche Zeit, wenn jede lebendigste Kraft, jedes glühendste Herz, jede freudigste Tugend und jede reinste Gesinnung, wenn die ganze Liebe und Treue des deutschen Volkes in den großen Kampf gesetzt wird. Hass gegen die Fremden, Hass gegen die Franzosen, gegen ihren Tand, ihre Eitelkeit, ihre Lüderlichkeit, ihre Sprache, ihre Sitten, ja brennender Hass gegen alles, was nur von ihnen kommt, das muss alle Deutsche fest und brüderlich vereinen und deutsche Tapferkeit, deutsche Freiheit, deutsche Zucht, deutsche Ehre und Gerechtigkeit oben schweben lassen, und wieder in die alte Würde und Herrlichkeit stellen, wodurch unsre Väter vor den meisten Völkern der Erde leuchteten.

Hans-Bernd Spies (Hrsg.), Die Erhebung gegen Napoleon 1806-1814/15, Darmstadt 1981, S. 224 f. und 22 f.

■ Arbeiten Sie die ideologischen Vorstellungen heraus, mit denen sich Arndt an die Öffentlichkeit wendet. Nehmen Sie dazu Stellung.

## M3 Individuum und Staat, Volk und Menschheit

1814 schreibt der Jenaer Historiker Heinrich Luden, der vor und nach den „Befreiungskriegen“ einen großen Einfluss auf die Studenten ausübt, in einem Aufsatz:

Überall, wo Menschen mit einiger Bildung zusammen leben, da leben sie in einem Staate; und überall zeigt sich bei jedem Menschen in Sprache, Geist und Art eine gewisse Eigentümlichkeit, die ihn von allen andern Menschen sondert, die er aber mit einer gewissen Anzahl gemein hat: Mit diesen macht er ein Volk aus. [...]

Staat und Volk nämlich fallen, im historischen Zusammenhange des Lebens, bald dergestalt zusammen, dass das Volk in einem bürgerlichen Vereine nach eigenen Gesetzen lebt oder einen besonderen Staat ausmacht; bald aber sind sie getrennt, und die Kreise schneiden sich auf mannigfache Weise, sei es, dass in einem Volke mehrere Staaten sind, sei es, dass ein Staat mehrere Völker umfasst, sei es endlich, dass Völkerteile, in bürgerlicher Rücksicht, hierhin geworfen sind und dorthin. Aber immer und überall streben Staat und Volk, man möchte sagen, mit liebevoller Sehnsucht zueinander, um sich einander zu halten oder zu gewinnen, wie wenn sie ohne einander nicht sein möchten, wie wenn sie beide nur in Einheit gedeihen könnten! Sind Staat und Volk eins: so ist der höchste Wunsch und das heiligste Streben der Menschen, diese Einheit zu bewahren; sind sie getrennt: so ist, wenn nicht immer der Wunsch, doch gewiss das Streben da, diese Einheit zu erringen: Die Volksgenossen suchen sich in einem Staat zu vereinen, die Bürger eines Staates suchen ein Volk zu werden [...].

Ruhiges Gedeihen aber, fester Friede, kräftige Bildung und allgemeines Glück wird nur da gefunden, wo die Einheit von Volk und Staat erreicht ist, und diese Erreichung scheint von gewissen Naturgrenzen abzuhängen, von Höhen und Tiefen, von Meeren und Wüsten, welche entweder das Volk umschließen oder den Staat.

Hartwig Brandt (Hrsg.), Restauration und Frühliberalismus 1814-1840, Darmstadt 1979, S. 96 f.

1. Kommentieren Sie die von Luden gemachte Behauptung, dass „Staat und Volk“ zusammenstreben.
2. Problematisieren Sie die genannten Kriterien für die Einheit von Staat und Volk vor dem Hintergrund der bestehenden Grenzen in Europa um 1814. Nennen Sie in dem Zusammenhang Beispiele für Staaten, in denen damals mehrere Völker lebten.

## Der restaurative Staat und seine Gegenkräfte

**Das Wartburgfest – Blick zurück nach vorn** ■ Der erste spektakuläre Auftritt der nationalen und liberalen Bewegung in den deutschen Staaten war das Wartburgfest von 1817. Organisiert hatten es die national gesinnten Burschenschaften, die allmählich die herkömmlichen landsmannschaftlichen Studentenverbindungen nach dem Vorbild der 1815 in Jena gegründeten Ur-Burschenschaft ablösten (► M1). Materiell vom Landesherrn, Großherzog *August von Sachsen-Weimar-Eisenach*, unterstützt, feierten am 18./19. Oktober 1817 etwa 500 (meist evangelische) Studenten aus elf Universitäten das Gedenken an die Völkerschlacht bei Leipzig und das 300-jährige Reformationsjubiläum in einem Fest auf der Wartburg bei Eisenach. Rückblickend beschworen sie die militärische Befreiung des Vaterlandes und die geistig-religiöse Befreiung durch die Reformation, um daraus die zukunftsweisenden Forderungen nach nationaler Einheit und Freiheit abzuleiten. Sie kritisierten die gegenwärtigen nationalen, konstitutionellen und militärischen Verhältnisse und forderten einen nationalen Zusammenschluss. Am Ende der Feier wurden symbolisch mehrere Bücher „undeutscher“ Gesinnung“ (darunter der Code civil) sowie Symbole der alten Ordnung (darunter ein Korporalsstock und ein Ulanenschnürleib) verbrannt.



▲ **Verbrennungsszene auf dem Wartburgfest.**

Kolorierter Stahlstich von 1817 (Ausschnitt).

**Wirkungen und Reaktionen** ■ Während das Fest bei dem liberal und national eingestellten Bürgertum eine wohlwollende Aufnahme fand, empfand es der preußische König als offene Aufforderung zum Aufstand. In Preußen wurden Teilnehmer verhört und verfolgt und im Dezember 1817 schließlich die Burschenschaften verboten. Trotzdem konnte am 18. Oktober 1818 in Jena die *Allgemeine deutsche Burschenschaft* gegründet werden. Ihr Symbol wurde die rot-schwarz-rote Fahne mit einem goldenen Eichenzweig. Zum Wahlspruch bestimmten sie die Worte „Ehre, Freiheit, Vaterland“.

Vom Herbst 1818 an planten die Regierungen bundesweite Maßnahmen gegen die Opposition. Gründe für das Vorgehen gegen die liberale und nationale Bewegung bot dann ein politisch motiviertes Attentat. Am 23. März 1819 wurde in Mannheim der populäre Lustspieldichter und Berater des russischen Zaren, *Karl August von Kotzebue*, von dem 23-jährigen Theologiestudenten und Burschenschafter *Karl Ludwig Sand* aus Wunsiedel (Franken) erstochen.

**Die Karlsbader Beschlüsse** ■ Im August 1819 trafen sich im böhmischen Karlsbad Minister aus zehn Bundesstaaten. Unter der Leitung Metternichs verfassten sie Beschlüsse gegen die nationale und liberale Bewegung, die als Bundesgesetze in Kraft gesetzt wurden. Das „Bundes-Universitätsgesetz“ stellte Professoren, Studenten und den Lehrbetrieb unter Staatsaufsicht. Die Burschenschaften wurden verboten und ihre Anhänger mit Berufsverboten bedroht. Das „Bundes-Pressgesetz“ führte die Vorzensur

ein und das „Bundes-Untersuchungsgesetz“ schuf eine bundesweit arbeitende Ermittlungsbehörde, die alle politischen Bewegungen beobachtete und verfolgte (► M2).

Kritische Professoren, Studenten, Beamte und Schriftsteller wurden als *Demagogen*\* denunziert, verfolgt und inhaftiert. Die Burschenschaften lösten sich auf oder gingen in den Untergrund. Die erste Welle von Intellektuellen wanderte aus. Auf Jahre hinaus kam die nationale und liberale Bewegung zum Erliegen.

**Die Julirevolution von 1830 in Frankreich und ihre Wirkung** ■ Auch Frankreich erlebte nach 1815 eine Phase der Restauration. Sie fand 1830 ihren Höhepunkt, als der französische König *Karl X.*, ein jüngerer Bruder des 1793 guillotinierten *Ludwig XVI.*, die Pressefreiheit faktisch aufhob und das Wahlrecht zugunsten der Großgrundbesitzer einschränkte. Im Juli 1830 vertrieben sie ihn, hoben den „Bürgerkönig“ **Louis Philippe** auf den Thron und gaben sich eine neue Verfassung, die die Wahl des Monarchen durch das Parlament festschrieb.

Die Julirevolution beeinflusste die politische Entwicklung in mehreren europäischen Staaten. Sie führte u.a. zur Einführung einer liberalen Verfassung in Belgien, zu Befreiungskämpfen gegen die zaristische Herrschaft in Kongress-Polen, zu Aufständen gegen die habsburgische Regierung in Mittelitalien und zu Parlaments- und Verfassungsreformen in England. Auch in den deutschen Staaten flammte nach 1830 Aufruhr gegen die absolutistisch regierenden Fürsten auf. In Kurhessen, Sachsen, Braunschweig und Hannover konnten neue oder verbesserte Verfassungen durchgesetzt werden. In Baden erreichte die Opposition ein liberaleres Presserecht und eine neue Gemeindeordnung. Nur die Situation in den beiden verfassungslosen Großmächten, in Preußen und Österreich, änderte sich nicht. Dort wurden die lokalen Unruhen militärisch unterdrückt.

**Louis Philippe** (1773-1850): Er war ein Nachfahre Ludwigs XIV. und zählte zur bürgerfreundlichen Opposition; der „Bürgerkönig“ regierte seit 1830 und förderte die Wirtschaft, vernachlässigte jedoch die sozialen Probleme.

**Das Hambacher Fest – Volksfest und Volksprotest** ■ Höhepunkt der deutschen Oppositionsbewegung wurde das *Hambacher Fest* im Mai 1832. Männer und Frauen „jedes Standes“ und aus allen „deutschen Stämmen“ waren durch die Presse zum „Nationalfest der Deutschen“ eingeladen worden. Etwa 30 000 Menschen aus allen Schichten, der größte Teil aus der Umgebung von Neustadt an der Haardt, aber auch Delegationen aus anderen Ländern des Deutschen Bundes, dazu Exil-Polen und Franzosen, feierten an der Hambacher Schlossruine ein Volksfest. Redner nutzten die Gelegenheit, gegen die bestehenden politischen und sozialen Verhältnisse zu protestieren und die Willkürherrschaft der Fürsten anzuklagen. Sie forderten Volkssouveränität, Pressefreiheit und einen freiheitlichen deutschen Einheitsstaat (► M3).

Das Hambacher Fest war nicht das einzige liberale Volksfest im Jahr 1832. Etwa dreißig ähnliche Veranstaltungen lassen sich im Deutschen Bund nachweisen. Aber kein politisches Fest fand ein so großes Echo wie das Hambacher. Die bayerische Regierung reagierte darauf mit der zeitweisen Ausrufung des Belagerungszustandes in der Pfalz und verhaftete die Hauptredner und Organisatoren. Für Metternich lieferten die Ereignisse den Grund, noch radikaler gegen die nationale und liberale Bewegung vorzugehen (► M4).



▲ Schwarz-rot-goldene Kokarde.  
Um 1832. Durchmesser 4 cm.

\* Demagoge: Volksaufwiegler, Volksverführer

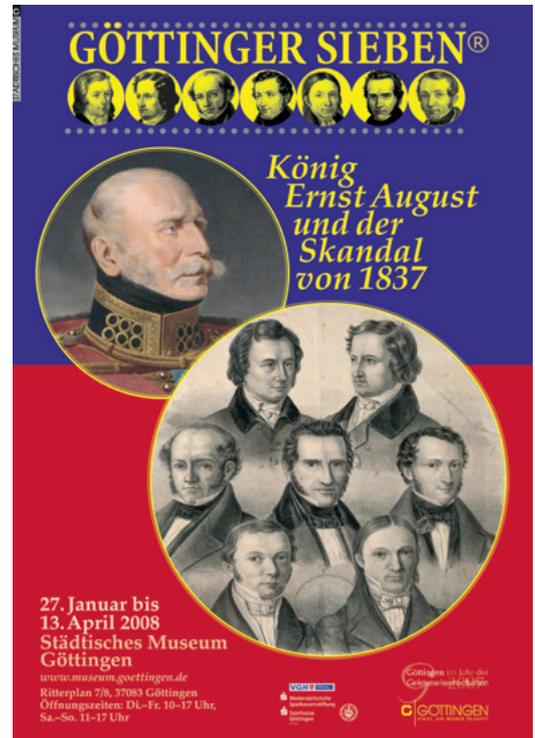
Schon am 5. Juli folgten Bundesmaßnahmen zur „Erhaltung der Sicherheit und Ordnung“ (*Die „Zehn Artikel“*), die die Presse und Versammlungsfreiheit weiter einschränkten. Doch den Bundesbehörden gelang es nicht mehr, die Opposition vollständig zu unterdrücken.

**Sieben mutige Professoren** ■ Kein Monarch hatte es gewagt, offen gegen eine einmal erlassene Verfassung zu verstoßen. Nun erklärte König *Ernst August* von Hannover, der die Regierungsgeschäfte nach dem Tode seines Bruders 1837 übernommen hatte, die 1833 eingeführte Verfassung einseitig für nichtig. Die Öffentlichkeit reagierte empört und sieben Göttinger Professoren\* fanden den Mut, dagegen schriftlich zu protestieren. Sie sahen in der Handlung des Fürsten einen Rechtsbruch und fühlten sich weiterhin an ihren auf die Verfassung geleisteten Eid gebunden. Ernst August fasste den Protest als Widerstand gegen die Staatsgewalt auf und entthob die sieben Universitätslehrer ihres Amtes. Drei von ihnen (*Gervinus*, *Jacob Grimm* und *Dahlmann*) mussten wegen der öffentlichen Weitergabe des Protestschreibens sogar innerhalb von drei Tagen das Land verlassen.

Die Maßnahme löste in allen deutschen Staaten Empörung aus. Drei Jahre später berief der preußische König **Friedrich Wilhelm IV.** drei der „Göttinger Sieben“ an preußische Universitäten. Obwohl er damit die liberale Bewegung stärkte, ließ er keinen Zweifel daran, dass er von einer Verfassung nichts hielt.

**Soziale Unruhen und politische Orientierungen** ■ Politische Brisanz erhielt die liberale und nationale Bewegung durch die zunehmenden sozialen Probleme der 1840er-Jahre. Das Bevölkerungswachstum hatte zu Beschäftigungs- und Ernährungskrisen sowie Massenelend geführt. Die Berichterstattung über den Aufstand der schlesischen Weber von 1844 machte die Not der armen Bevölkerung erstmals überregional deutlich und klagte Unternehmer und Staat direkt oder indirekt an (► M5). Die Agrar- und Gewerbekrise von 1846/47 ließ die Zahl der sozial und politisch motivierten Unruhen steigen und verunsicherte die Regierungen.

Ende der 1840er-Jahre schlossen sich immer mehr Menschen trotz Zensur und Versammlungsverboten politisch zusammen, zum Teil über die Landesgrenzen hinweg. Dabei hatten sich vier politische Ausrichtungen mit fließenden Übergängen entwickelt: *Konservatismus*, *Liberalismus*, *demokratischer Radikalismus* und *Sozialismus*. Abgesehen von den konservativen Kräften war allen ein Anliegen gemeinsam: die nationale Einheit. In anderen Fragen gingen die Meinungen schon vor 1848 weit auseinander. Während die Liberalen beispielsweise zwischen konstitutioneller Monarchie und Republik schwankten und das Wahlrecht von Eigentum und Besitz abhängig machen wollten, plädierten die radikalen Demokraten und Sozialisten für eine Republik mit einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht.



▲ „Sieben gegen den König.“  
Plakat zur gleichnamigen Ausstellung, die 2007/2008 im Historischen Museum Hannover und im Städtischen Museum in Göttingen zu sehen war. Im Kreis links ist König Ernst August von Hannover, im Kreis rechts sind die „Göttinger Sieben“ zu sehen.

**Friedrich Wilhelm IV.**  
(1795 - 1861): preußischer König von 1840 bis 1858

\* Folgende Professoren waren beteiligt: der Staatsrechtler Wilhelm Albrecht (1800 - 1876), die Historiker Friedrich Christoph Dahlmann (1785 - 1863) und Georg Gottfried Gervinus (1805 - 1871), die Sprach- und Kulturforscher Jacob Grimm (1785 - 1863) und Wilhelm Grimm (1786 - 1859), der Orientalist Heinrich Ewald (1803 - 1875) und der Physiker Wilhelm Weber (1804 - 1891).

## M1 Die Grundsätze der Burschenschaften von 1817

Die Grundsätze der Burschenschaften enthalten neben nationalen und patriotischen Zielen auch wirtschaftliche, konstitutionelle und soziale Forderungen. Der Katalog dieser „Grundsätze“ entspricht in vielen Punkten liberalen Forderungen, die bis zur Revolution von 1848/49 durchgängig erhoben worden sind.

11. [...] Es muss der freieste Verkehr zwischen ihnen [den deutschen Staaten] stattfinden, und hier muss nicht unterdrückt werden, was dort entstanden ist, hier nicht befeindet, was dort begünstigt wurde. [...]

5 Das Verbot oder die Erschwerung des Auswanderns von einem deutschen Lande ins andere, Mauten, Zölle und Handelssperren zwischen deutschen Ländern, Verschiedenheiten in Maß, Gewicht, Münze (ihrem Gehalt nach und ihrer Bestimmung): Alle diese Dinge schaden der Ehre Deutschlands bei  
10 den Fremden, sind in sich selbst verderblich für den Geist unsers Volks, quälen den Einzelnen und bringen ihn zu Verlust und Schaden.

12. Die Sehnsucht nach Kaiser und Reich ist ungeschwächt in der Brust jedes frommen und ehrlichen deutschen Mannes  
15 und Jünglings [...].

15. Die Fürstenwürde ist das Erhabenste auf Erden und darum für das Heiligste zu ehren und zu achten [...].

16. Der Wille des Fürsten ist nicht das Gesetz des Volkes, sondern das Gesetz des Volkes soll der Wille des Fürsten sein.

20 17. Ungerecht ist im bürgerlichen Leben nur das, was gegen das Gesetz ist. Gegen das Gesetz kann der Fürst niemals etwas tun wollen. Geschieht etwas gegen das Gesetz, so geschieht es von den Ministern und andern Beamteten: Diese sind dafür verantwortlich, wenn sie auch im Namen des Fürsten  
25 gehandelt haben. [...]

19. Freiheit und Gleichheit ist das Höchste, wonach wir zu streben haben, und wonach zu streben kein frommer und ehrlicher deutscher Mann jemals aufhören kann. Aber es gibt keine Freiheit als in dem Gesetz und durch das Gesetz, und  
30 keine Gleichheit als mit dem Gesetz und vor dem Gesetz. Wo kein Gesetz ist, da ist keine Freiheit, sondern Herrschaft, Willkür, Despotismus. Wo kein Gesetz ist, da ist keine Gleichheit, sondern Gewalt, Unterwerfung, Sklaverei.

20. Gesetze sind keine Verordnungen und Vorschriften; Gesetze müssen von denen ausgehen oder angenommen werden, welche nach denselben leben sollen, und wo ein Fürst ist, die Bestätigung des Fürsten erhalten. Alle Gesetze haben die Freiheit der Person und die Sicherheit des Eigentums zum Gegenstande. Ein freier Mann kann nur gerichtet werden  
40 nach Satzungen, die er selbst als richtig und notwendig anerkannt hat. [...]

24. [...] Der 13te Artikel<sup>1</sup> kann keinen andern Sinn haben, als dass das deutsche Volk durch frei gewählte, und aus seiner Mitte frei gewählte Vertreter unter der Sanktion der deutschen Fürsten seine Verhältnisse ordnen, die Gesetze beschließen, die Abgaben bewilligen soll. [...]

29. [...] Der Mensch ist nur frei, wenn er auch Mittel hat, sich selbst nach eigenen Zwecken zu bestimmen. An solchen Mitteln ist die Welt für alle Menschen reich genug.

Hermann Haupt (Hrsg.), Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Burschenschaft und der deutschen Einheitsbewegung, Bd. IV, Heidelberg 1913, S. 119ff.

1. Fassen Sie jeweils konstitutionelle, wirtschaftliche und soziale Forderungen zusammen.
2. In die „Grundsätze“ sind unterschiedliche Ideen und Denkhaltungen eingeflossen. Arbeiten Sie diese heraus und prüfen Sie, ob sich daraus Widersprüche ergeben.
3. Bestimmen Sie das Verhältnis zwischen Fürst und Volk. Welche Folgen hätte es für den Deutschen Bund?

## M2 Aus der Geschichte der Presse- und Meinungsfreiheit von 1815 bis 1835

Presse- und Meinungsfreiheit sind Kennzeichen politischer Verhältnisse. Wie sie sich entwickelten, zeigt die Zusammenstellung:

Art. 18. Die Bundesversammlung wird sich bei ihrer ersten Zusammenkunft mit Abfassung gleichförmiger Verfügungen über die Pressfreiheit [...] beschäftigen.

Deutsche Bundesakte vom 8. Juni 1815

Das Recht, in freier Rede und Schrift seine Meinung über öffentliche Angelegenheiten zu äußern, ist ein unveräußerliches Recht jedes Staatsbürgers, das ihm unter allen Umständen zustehen muss. [...] Wo Rede und Schrift nicht frei sind, da ist überhaupt keine Freiheit, da herrscht nicht das Gesetz, sondern die Willkür. [...] Über den Missbrauch der Freiheit in Rede und Schrift kann kein Buchstabe entscheiden und kein  
10 gewöhnlicher Staatsdiener, sondern nur ein Geschworenengericht, das aus gelehrten, unabhängigen und vaterländisch gesinnten Männern besteht und öffentlich vor dem Volk seine Sitzungen hält, seine Gründe entwickelt, seinen Anspruch tut.

Grundsätze der Burschenschaft vom Ende des Jahres 1817

§ 1. So lange als der gegenwärtige Beschluss in Kraft bleiben wird, dürfen Schriften, die in der Form täglicher Blätter oder

<sup>1</sup> Gemeint ist die Deutschen Bundesakte. Sie war die Verfassung des 1815 gegründeten Deutschen Bundes.

heftweise erscheinen, desgleichen solche, die nicht über 20 Bogen<sup>1</sup> im Druck stark sind, in keinem deutschen Bundesstaate ohne Vorwissen und vorgängige Genehmigung der Landesbehörden zum Druck befördert werden.

Bundes-Pressgesetz vom 20. September 1819 (Karlsbader Beschlüsse)

Art. 1. Keine in einem nicht zum Deutschen Bunde gehörigen Staate in Deutscher Sprache im Druck erscheinende Zeitschrift politischen Inhalts darf in einem Bundesstaate, ohne vorgängige Genehmigung der Regierung desselben, zugelassen und ausgegeben werden: Gegen die Übertreter dieses Verbots ist ebenso wie gegen die Verbreiter verbotener Druckschriften zu verfahren.

Bundesmaßnahme zur Erhaltung der Sicherheit und Ordnung vom 5. Juli 1832 (Die „Zehn Artikel“)

Art. 29. Von den Nachteilen einer übermäßigen Anzahl politischer Tagblätter überzeugt, werden die Regierungen auf eine allmählich herbeizuführende Verminderung solcher Blätter, soweit dies ohne Kränkung erworbener Rechte tunlich ist, Bedacht nehmen.

Art. 30. Kraft der ihnen zustehenden oberpolizeilichen Aufsicht werden die Regierungen die Herausgabe neuer politischer Tagblätter ohne die vorgängige Erwirkung einer diesfälligen Konzession nicht gestatten.

Die Geheimen Wiener Beschlüsse vom 12. Juni 1834 (Die „Sechzig Artikel“)

Nachdem sich in Deutschland in neuerer Zeit, und zuletzt unter der Benennung „das junge Deutschland“<sup>2</sup> oder „die junge Literatur“, eine literarische Schule gebildet hat, deren Bemühungen unverhohlen dahin gehen, in belletristischen, für alle Klassen von Lesern zugänglichen Schriften die christliche Religion auf die frechste Weise anzugreifen, die bestehenden sozialen Verhältnisse herabzuwürdigen und alle Zucht und Sittlichkeit zu zerstören: so hat die deutsche Bundesversammlung – in Erwägung, dass es dringend notwendig sei, diesen verderblichen, die Grundpfeiler aller gesetzlichen Ordnung untergrabenden Bestrebungen durch Zusammenwirken aller Bundesregierungen sofort Einhalt zu tun [...], sich zu nachstehenden Bestimmungen vereinigt.

Bundesbeschluss vom 10. Dezember 1835 (Verbot der Schriften des Jungen Deutschland)

Ernst Rudolf Huber (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1: Deutsche Verfassungsdokumente 1803–1850, Stuttgart 1978, S. 90, 102, 134, 142 und 151

<sup>1</sup> Ein Druckbogen umfasst 16 Buchseiten.

<sup>2</sup> Die Bezeichnung stammt aus Ludwig Wienbargs „Ästhetischen Feldzügen“ von 1834.

1. Erläutern Sie, warum gerade die Pressefreiheit Gegenstand besonders intensiver Konflikte war.

2. Informieren Sie sich, wie in unserem Grundgesetz Meinungs- und Pressefreiheit geregelt sind, und begründen Sie die unterschiedliche Haltung.

### M3 „Vaterland – Freiheit – ja! ein freies deutsches Vaterland ...“

*Der Journalist Philipp Jacob Siebenpfeiffer, ein zwangspensionierter bayerischer Beamter, spricht am 27. Mai 1832 auf dem Hambacher Fest:*

Vaterland – Freiheit – ja! ein freies deutsches Vaterland – dies der Sinn des heutigen Festes, dies die Worte, deren Donnerschall durch alle deutschen Gemarken drang, den Verräthern der deutschen Nationalsache die Knochen erschütternd, die Patrioten aber anfeuernd und stählend zur Ausdauer im heiligen Kampfe, „im Kampf zur Abschüttelung innerer und äußerer Gewalt“. [...]

Und es wird kommen der Tag, der Tag des edelsten Siegestolzes, wo der Deutsche vom Alpengebirg und der Nordsee, vom Rhein, der Donau und Elbe den Bruder im Bruder umarmt, wo die Zollstöcke und die Schlagbäume, wo alle Hoheitszeichen der Trennung und Hemmung und Bedrückung verschwinden, sammt den Constitutiönchen, die man etlichen mürrischen Kindern der großen Familie als Spielzeug verlieh; wo freie Straßen und freie Ströme den freien Umschwung aller Nationalkräfte und Säfte bezeugen; wo die Fürsten die bunten Hermeline feudalistischer Gottstatthalterschaft mit der männlichen Toga deutscher Nationalwürde vertauschen, und der Beamte, der Krieger, statt mit der Bedientenjacke des Herrn und Meisters, mit der Volksbinde sich schmückt; wo nicht 34 Städte und Städtlein, von 34 Höfen das Almosen empfangend, um den Preis hündischer Unterwerfung, sondern wo alle Städte, frei emporblühend aus eigenem Saft, um den Preis patriotischer Gesinnung, patriotischer That ringen; wo jeder Stamm, im Innern frei und selbstständig, zu bürgerlicher Freiheit sich entwickelt, und ein starkes, selbstgewobenes Bruderband alle umschließt zu politischer Einheit und Kraft; wo die deutsche Flagge, statt Tribut an Barbaren zu bringen, die Erzeugnisse unseres Gewerbfließes in fremde Welttheile geleitet, und nicht mehr unschuldige Patrioten für das Henkerbeil auffängt, sondern allen freien Völkern den Bruderkuss bringt. Es wird kommen der Tag, wo deutsche Knaben, statt durch todte Spielereien mit todten Sprachen sich abzustumpfen, und die Jünglinge, statt auf mittelalterlichen Hochschulen durch Gelage, schnöde Tändelei und Klopffechterei zu verkrüppeln, durch lebendigen Nationalunter-

richt und würdige Leibesübung sich zu deutschen Männern  
heranbilden und zu jenem Vaterlandssinn sich stählen, von  
dem alle politische Tugend, alle Großthat ausströmt; wo das  
40 deutsche Weib, nicht mehr die dienstpflichtige Magd des  
herrschenden Mannes, sondern die freie Genossin des freien  
Bürgers, unsern Söhnen und Töchtern schon als stammeln-  
den Säuglingen die Freiheit einflößt, und im Samen des erzie-  
henden Wortes den Sinn ächten Bürgerthums nährt; und wo  
45 die deutsche Jungfrau den Jüngling als den würdigsten er-  
kennt, der am reinsten für das Vaterland erglöh; wo, ab-  
schüttelnd das Joch des Gewissens, der Priester Trug und den  
eigenen Irrwahn, der Deutsche zu seinem Schöpfer die unver-  
fälschte Sprache des Kindes zum Vater redet; wo der Bürger  
50 nicht in höriger Unterthänigkeit den Launen des Herrschers  
und seiner knechtischen Diener, sondern dem Gesetze ge-  
horcht, und auf den Tafeln des Gesetzes den eigenen Willen  
liest, und im Richter den freierwählten Mann seines Vertrau-  
ens erblickt; wo die Wissenschaft das Nationalleben befruch-  
55 tet und die würdige Kunst als dessen Blüte glänzt. [...]  
Wir selbst wollen, wir selbst müssen vollenden das Werk,  
und, ich ahne, bald, bald muß es geschehen, soll die deutsche,  
soll die europäische Freiheit nicht erdrosselt werden von den  
Mörderhänden der Aristokraten. [...]

60 Es lebe das freie, das einige Deutschland!  
Hoch leben die Polen, der Deutschen Verbündete!  
Hoch leben die Franken<sup>1</sup>, der Deutschen Brüder, die unsere  
Nationalität und Selbstständigkeit achten!  
Hoch lebe jedes Volk, das seine Ketten bricht und mit uns den  
65 Bund der Freiheit schwört!  
Vaterland – Volkshoheit – Völkerbund hoch!

Das Nationalfest der Deutschen zu Hambach, unter Mitwirkung eines Re-  
daktions-Ausschusses beschrieben von J. G. A. Wirth, Erstes Heft, Neustadt  
1981 (Nachdruck der Originalausgabe von 1832), S. 33, 37-39, 40 und 41

1. Formulieren Sie aus der Rede Siebenpfeiffers ein politi-  
sches Programm.
2. Nehmen Sie zu den nationalen Vorstellungen Sieben-  
pfeiffers Stellung.

#### M4 „So weit sind die Dinge in Deutschland gekommen!“

*Der österreichische Staatskanzler Metternich schreibt über das  
Hambacher Fest in einem Brief vom 10. Juni 1832 an den kon-  
servativen Berater des preußischen Königs, Fürst Wilhelm Lud-  
wig Georg von Wittgenstein:*

Wir leben in einer Zeit, in der alles zur Umtriebs-Sache wird.  
[...] Parteien, welche bestimmte Zwecke verfolgen, erblinden  
über Pflicht und Klugheit. *Der Zweck heiligt die Mittel*, ist die  
deutsche Universitätslehre, und sie trägt heute ihre Früchte  
in den herangereiften Burschen der früheren Zeit. [...] 5  
Sie haben sicher Bericht über die Hambacher Geschichte en  
détail erhalten. So weit sind die Dinge in Deutschland ge-  
kommen!

Ich gestehe aufrichtig, dass ich mir aus dem Ergebnisse  
nichts mache, oder vielmehr, dass mir dasselbe manche gute 10  
Seite darbietet. Mir sind die Dinge, welche offen vorliegen,  
stets lieber als die verkappten. Was der Liberalismus will, was  
er ist, wohin er zielt und wohin er die Staaten, die sich ihm  
hingeben, unaufhaltbar stößt, hieran kann wohl heute keiner,  
der Auge, Ohren und einen Sinn hat, mehr zweifeln. Vor sol- 15  
chen Beweisen muss die *Doktrine*<sup>1</sup> verstummen.

Mit Volksrepräsentationen im modernen Sinne, mit der Pres-  
sefreiheit und politischen Vereinen muss jeder Staat zu-  
grunde gehen, der monarchische wie die Republik. Nur An-  
archie ist möglich; dagegen mögen die *Gelehrten* am 20  
Schreibtische protestieren, so viel sie auch immer wollen. Am  
Ende der Gelehrsamkeit steht das Zuschlagen, und kommt  
es einmal hierzu, so ist der, der in geschlossenen Reihen  
zuschlägt, der Gelehrteste.

Wir werden in Deutschland zum Zuschlagen kommen, das 25  
Böseste im lieben Vaterlande sind die Regierungen: vortreff-  
lich zum Betrogenwerden, aber sehr schlecht, um sich und  
anderen zu helfen! Wenn man heute in Bayern noch glaubt,  
das Regieren zu verstehen, so sind die Leute incurabel<sup>2</sup>.

Veit Valentin, Das Hambacher Nationalfest, Berlin 1932, S. 144 f.

1. Charakterisieren Sie die Haltung des österreichischen  
Kanzlers. Arbeiten Sie heraus, wie Metternich Parteien  
im Allgemeinen und Liberalismus sowie liberale Forde-  
rungen im Besonderen beurteilt.
2. Messen Sie den Brief Metternichs auch an der jüngsten  
Entwicklung der deutschen Geschichte. Erörtern Sie,  
worin Ihrer Ansicht nach auf Dauer die Vorteile einer  
freiheitlichen Ordnung liegen.

<sup>1</sup> Franzosen

<sup>1</sup> Doktrine: Theorie, Lehre

<sup>2</sup> incurabel: unheilbar

## M5 Über den Aufstand der schlesischen Weber

Der aus Schlesien stammende Journalist Wilhelm Wolff berichtet im „Deutschen Bürgerbuch für 1845“ über die Weber-Revolution vom Juni 1844:

Eine Schar Weber erschien in Nieder-Peterswaldau und zog auf ihrem Marsche alle Weber aus den Wohnungen rechts und links an sich. Alsdann begaben sie sich nach dem wenig entfernten Kapellenberge und ordneten sich paarweise und rückten so auf das neue Zwanziger'sche Wohngebäude<sup>1</sup> los. Sie forderten höheren Lohn und – ein Geschenk! Mit Spott und Drohen schlug man's ihnen ab. Nun dauerte es nicht lange, so stürmte die Masse ins Haus, erbrach alle Kammern, Gewölbe, Böden und Keller und zertrümmerte alles von den prächtigen Spiegelfenstern, Trumeaus<sup>2</sup>, Lüstern, Öfen, Porzellan, Möbeln bis auf die Treppengeländer herab, zerriss die Bücher, Wechsel und Papiere, drang in das zweite Wohngebäude, in die Remisen, ins Trockenhaus, zur Mange, ins Packhaus und stürzte die Waren und Vorräte zu den Fenstern hinaus, wo sie zerrissen, zerstückt und mit Füßen getreten oder, in Nachahmung des Leipziger Messgeschäfts, an die Umstehenden verteilt wurden. Zwanziger flüchtete sich mit seiner Familie in Todesangst nach Reichenbach. [...]

*[Am folgenden Tag griffen preußische Truppen ein.]*

Infolge dreier Gewehrsalven blieben sofort 11 Menschen tot. Blut und Gehirn spritzte weit hin. Einem Manne trat das Gehirn über dem Auge heraus. Eine Frau, die 200 Schritte entfernt an der Türe ihres Hauses stand, sank regungslos nieder. Einem Manne war die eine Seite des Kopfes hinweggerissen. Die blutige Hirnschale lag entfernt von ihm. Eine Mutter von 6 Kindern starb denselben Abend an mehreren Schusswunden. Ein Mädchen, das in die Strickstunde ging, sank von Kugeln getroffen zu Boden. Eine Frau, die ihren Mann stürzen sah, ging auf den Boden und erhängte sich. Ein Knabe von 8 Jahren wurde durchs Knie geschossen. Bis jetzt sind überhaupt 24 schwer und tödlich Verwundete, außer den obigen 11 Toten, bekanntgeworden. Wie viele ihre Wunden verheimlichen, lässt sich vielleicht später erfahren. Nach den ersten Salven herrschte einige Sekunden eine Totenstille. Aber der Anblick des Blutes um und neben ihnen, das Stöhnen und Röcheln der im Verscheiden Begriffenen, der Jammer der Blessierten trieb die mutigsten unter den Webern zum Widerstande. [...]

Die Kunde von dem Aufstande der Weber verbreitete sich mit Blitzesschnelle in der Provinz. Zwar den hiesigen Zeitungen wurde sogar eine ganz kurze Notiz vom Zensor gestri-

chen, und später nach langen Konferenzen einiger Mitglieder der Regierung ein kleiner offizieller Artikel eingerückt. Desto geschäftiger war die Fama. Die übertriebensten Gerüchte fanden gläubige Aufnahme. Was über Organisation, Zahl und Bewaffnung gefabelt ward, ist erstaunlich. Um so begieriger griff jeder nach den Zeitungen. Sie aber sprachen über alles, nur über das nicht, was alle Gemüter in Bewegung setzte. Und doch war die Teilnahme für die Weber in den arbeitenden Volksklassen allgemein, unter den höheren Klassen nicht unbedeutend, hier jedoch vonseiten der Reichen und Kapitalisten weit überwogen durch Opposition, Hass und – Furcht. Nach Versicherungen glaubhafter Leute war das ganze Gebirge bereit, „wenn nur erst die Weber kämen“, sich ihnen anzuschließen. Ich selbst hörte gerade an den Tagen vom 7. Juni ab auf einer kleinen Reise überall die entschiedenste Sprache auf Dörfern und in der Stadt, dass die Weber Recht hätten und dass es nur alle so machen sollten, dann würde es schon ganz anders werden. Gegen die reichen Fabrikanten, gegen den Adel und die Gutsbesitzer, gegen die Reichen und Vornehmen überhaupt, hörte ich die drohendsten Äußerungen.

Lutz Kroneberg und Rolf Schloesser (Hrsg.), Weber-Revolution 1844. Der schlesische Weberaufstand im Spiegel der zeitgenössischen Publizistik und Literatur. Eine Anthologie, Köln 1979, S. 255, 257 f. und 260

1. Informieren Sie sich über den politischen Standort des Verfassers. Welche Bedeutung mag seiner politischen Einstellung bei der Darstellung der Ereignisse zukommen? Belegen Sie Ihre Aussagen an Textstellen.
2. Erarbeiten Sie die Bedeutung von Gerüchten über Ereignisse. Beachten Sie dabei die Sicht der Weber, der Unternehmer und der Regierung.
3. Die Weber-Revolution von 1844 hat in der zeitgenössischen Dichtung sowie in der späteren Literatur und bildenden Kunst einen starken Widerhall gefunden. Suchen Sie Beispiele und präsentieren Sie diese in Ihrem Kurs.

<sup>1</sup> Zwanziger und Söhne: Fabrikantenfamilie in Peterswaldau

<sup>2</sup> Trumeau: Wandspiegel an einem Pfeiler

## Die Revolution von 1848/49

**Ziele und Träger der Märzrevolution** ■ Im Februar 1848 erfasste eine Revolutionswelle Europa. In den deutschen Staaten formierte sich die Protestwelle zunächst in den Städten. Auf einer von Demokraten organisierten Versammlung in Mannheim (am 27. Februar 1848), an der mehrere tausend Menschen teilnahmen, wurde eine Petition formuliert. Die darin enthaltenen vier zentralen Forderungen sollten die fürstliche Macht beschränken und mehr Mitbestimmung der Bürger sowie die Schaffung eines Nationalstaates sichern (► M1). In ihrem Aufbegehren gegen den Obrigkeitsstaat konnten die Bürger vor allem in den größeren Städten auch die Unzufriedenheit der städtischen Unterschichten für sich nutzen. Diese litten unter dem Zerfall der bisherigen sozialen Bindungen und der wirtschaftlichen Not. Nach den Ernteausfällen in den Jahren 1845/46 verschärfte eine Wirtschaftskrise, die den Verlust zahlreicher Arbeitsplätze zur Folge hatte, die Not der unteren Schichten zusätzlich. Zu auffallend aktiven Trägern der Märzrevolution wurden die Handwerksgesellen, denen statt des erhofften Aufstiegs zum Meister oft der Abstieg zum Lohnarbeiter drohte. Mitbedingt durch ihre Wanderschaft und das dadurch erweiterte Blickfeld waren sie überdurchschnittlich politisiert.

Vor allem in Gebieten, in denen die Bauern nach wie vor adligen Grundherren Dienste und Abgaben leisten mussten wie in den südwestlichen Staaten des Deutschen Bundes, erhoben sich die Bauern.

**Radikale oder gemäßigte Revolution?** ■ Angesichts der Bauernunruhen und der gewaltbereiten städtischen Massen gaben die meisten Fürsten überraschend schnell nach und setzten reformbereite Regierungen ein. In Wien und Berlin kam es zu Barrikadenkämpfen, aber auch hier konnte sich die Volksbewegung durchsetzen. Das Zurückweichen der alten Gewalten wurde begeistert gefeiert. Zugleich sorgten die neu aufgestellten Bürgerwehren dafür, dass die Unterschichten von einer sozialen Revolution abgehalten wurden. Die Sorge vor einer Gefährdung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung durch die gewaltbereiten Massen war weit verbreitet. Genährt wurden solche Ängste durch das erste Auftreten einer Arbeiterbewegung, die tief greifende soziale Veränderungen forderte.

	1816 -1829	1830 -1839	1840 -1847	Summe
Studenten <sup>1</sup> Universität	13	13	5	31
Religion <sup>2</sup>	9	20	17	46
Politik <sup>3</sup>	4	72	33	109
sozioökonomisch <sup>4</sup>	3	28	103	134
<b>Summe</b>	<b>29</b>	<b>133</b>	<b>158</b>	<b>320</b>

### ◀ Volksunruhen in Deutschland 1816 -1847.

Unter „Unruhen“ versteht der Historiker Richard Tilly „kollektive Ruhestörung mit physischer Gewaltanwendung“. Als Quelle benutzte er ausgewählte Zeitungen, insbesondere die „Augsburger Zeitung“.

■ Skizzieren Sie die Entwicklung des Protestverhaltens.

Nach: Richard Tilly, Kapital, Staat und sozialer Protest in der deutschen Industrialisierung, Göttingen 1980, S. 154 (gekürzt)

<sup>1</sup> Studenten waren entweder Hauptakteure, oder Studenten- bzw. Universitätsangelegenheiten waren Hauptobjekte des Konflikts.

<sup>2</sup> Religion war, zumindest vorgeblich, Hauptobjekt des Konflikts.

<sup>3</sup> Der Protest war gegen den Staat mit seinen Organen gerichtet, um politische Änderungen durchzusetzen (Auswechseln eines bestimmten Staatsbeamten, Forderung nach einem neuen Gesetz).

<sup>4</sup> gewalttätige Streiks, Brotkrawalle, Maschinenstürmerei, massenhaftes gesetzwidriges Betreten von Wäldern und Feldern, Steueraufbruch und Tumulte, die deutlich mit einer bestimmten sozioökonomischen Gruppe verbunden waren, z. B. Angriffe von Armen auf Reiche

### ► „Die Grundrechte des deutschen Volkes.“

Farblithografie von Adolf Schrödter, 1848.

Germania führt ihre Kinder Gerechtigkeit und Freiheit an der Hand und schreitet über den Drachen als Symbol für die Willkürherrschaft.

- Erklären Sie, woran die Personifikationen für Freiheit und Gerechtigkeit zu erkennen sind.
- Die Gestaltung des Bildes lehnt sich an Vorbilder an. Nennen Sie diese. Welche Bedeutung wird den Grundrechten dadurch beigemessen?

Die meisten Wortführer der Revolution versuchten, ihre Ziele auf dem Wege der Verständigung mit den reformbereiten alten Gewalten zu erreichen. Sie begnügten sich mit Zugeständnissen im Sinne der Märzforderungen und wollten die revolutionäre Bewegung früh in legale, z.B. parlamentarische Bahnen lenken. Vor den Thronen selbst sollte die Revolution haltmachen. Die radikalen badischen Demokraten *Friedrich Karl Hecker* und *Gustav Struve* versuchten im April 1848 jedoch, die Entwicklung im Sinne einer grundsätzlichen Systemveränderung weiter voranzutreiben. Sie initiierten einen bewaffneten Volksaufstand für die republikanische Staatsform in Deutschland, aber ihre **Freischaren** wurden schon nach acht Tagen besiegt.

Dagegen billigten die Regierungen der Einzelstaaten den Zusammentritt einer deutschen „Nationalversammlung“. Bei den Wahlen vom 1. Mai 1848 gab es noch keine Parteien, gewählt wurden vor allem Angehörige des Bildungsbürgertums. Die Formierung von Fraktionen (► M2) ist eine Wurzel des modernen Parteiwesens. Die Volksvertreter tagten im Gebäude der Frankfurter Paulskirche. Von ihnen fühlten sich die meisten der liberalen Mitte zugehörig, die linken Demokraten waren im Parlament zahlenmäßig geringer vertreten, ebenso die konservative Rechte.

**Ringens um den Nationalstaat** ■ Es dauerte bis zum März 1849, bis in der Paulskirche nach langen kontroversen Debatten zum ersten Mal in der deutschen Geschichte ein vom Volk ausgehendes Verfassungswerk beschlossen wurde. Es regelte drei wesentliche Bereiche:

- Die Garantie von **Grundrechten** sollte Einschränkungen der Freiheiten vorbeugen. Festgelegt wurden u.a. die Presse- und Meinungsfreiheit, die Freiheit von Forschung und Lehre, das Recht auf Versammlung und auf die Gründung politischer Vereinigungen sowie das Petitionsrecht jedes Staatsbürgers. Gleichheitsrechte sollten garantieren, dass öffentliche Ämter grundsätzlich nur nach Befähigung vergeben wurden. Die Schulaufsicht der Kirche war auf den Religionsunterricht beschränkt. Die Aufhebung der Stände und das Bekenntnis zur Freiheit der Person bedeutete die Beseitigung aller Privilegien; damit waren auch die Gutsuntertänigkeit und die Hörigkeit der Bauern aufgehoben. Unter dem Druck der Sozialen Frage wurde von der demokratischen Linken ein Recht auf Arbeit gefordert. Die Mehrheit der Abgeordneten schreckte jedoch davor zurück. Sie befürchtete eine Überforderung des Staates und eine daraus folgende mangelnde Eigeninitiative der Betroffenen.



**Freischar:** militärische Formation, die sich auf Veranlassung einzelner Persönlichkeiten, d.h. ohne staatliche oder verfassungsmäßige Ermächtigung, gebildet hat



▲ Kleindeutsche Lösung.



▲ Großdeutsche Lösung.

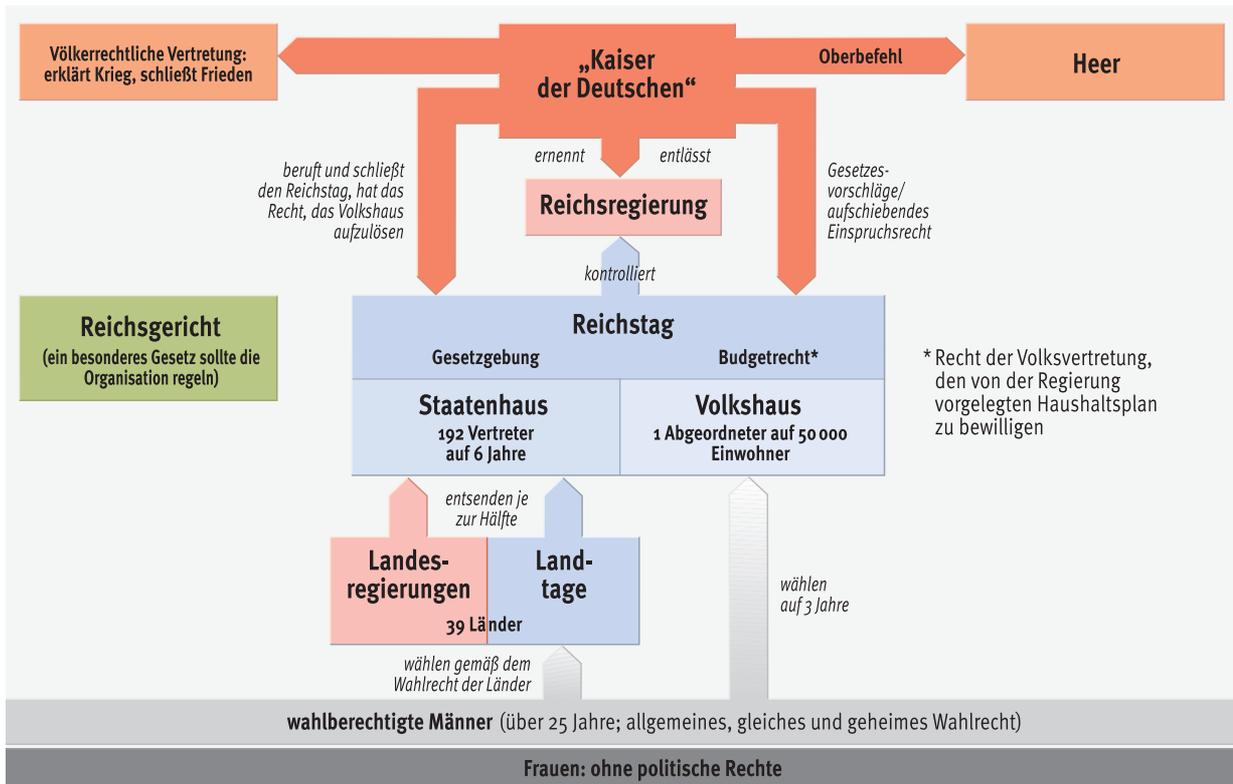


▲ Großösterreichische Lösung.

- Die Entscheidung über die Grenzen des neuen **Nationalstaates** war zugleich eine Entscheidung über die Zukunft Österreichs. Die im Herbst 1848 von der Nationalversammlung beschlossene „großdeutsche Lösung“ hätte nur das deutschsprachige Österreich in das Deutsche Reich aufgenommen. Damit allerdings wären die übrigen Gebiete des Vielvölkerstaates nur noch in der Person des Herrschers (Personalunion) verbunden geblieben, was von Wien abgelehnt wurde. Umgekehrt erschien den Anhängern der Nationalstaatsidee die österreichische Forderung vom Frühjahr 1849, das gesamte Habsburgerreich in einen föderativ organisierten deutschen Staatenbund einzugliedern, unannehmbar. Daraufhin stimmte eine Mehrheit der Abgeordneten der „kleindeutschen Lösung“ zu und nahm damit die Trennung von den Deutsch-Österreichern hin (► M3).
- Die Mehrheit der Nationalversammlung wünschte sich eine **konstitutionelle Monarchie** als Staatsform für das künftige Reich. Die Kaiserwürde sollte erblich sein, um einen möglichen Wechsel im Herrscherhaus zu vermeiden. Der Vorrangstellung Preußens entsprechend wählten die Abgeordneten den Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. zum ersten „Kaiser der Deutschen“. Damit sollte das vorgesehene Erbkaisertum der preußischen Hohenzollern seine Legitimation einer Entscheidung der souveränen Nation verdanken.

**Ist die Revolution gescheitert?** ■ Das Werk der Paulskirche war ein Kompromiss unterschiedlicher politischer Interessen. Er berücksichtigte unitarische und föderalistische, monarchische und demokratische Bestrebungen.

Wieso wurden die Verfassungsbestimmungen von 1849 nicht verwirklicht? Ein Jahr nach dem Schock der Märzereignisse hatten sich die alten Kräfte, vor allem die Großmächte Preußen und Österreich, wieder konsolidiert. Weil das Gros der Beamten in Verwaltung und Justiz sich loyal verhielt und die Armeen fast überall ein zuverlässiges Instrument in den Händen ihrer Landesherren blieben, aber auch weil die fürstlichen Regierungen zu Reformen bereit waren, kam es zu keiner entscheidenden Schwächung der Dynastien in den Ländern. Zudem spalteten die unterschiedlichen Ziele der gemäßigten Liberalen und der Demokraten bald nach den ersten Erfolgen das Lager der Revolutionäre.



#### ▲ Die geplante Reichsverfassung der Paulskirche.

- Bestimmen Sie Rechte und Einflussmöglichkeiten von Kaiser, Landesregierungen und Volk.

Zwar erkannten 28 deutsche Staaten im April 1849 die Reichsverfassung an, aber Wien und Berlin sowie die Königreiche Bayern, Hannover und Sachsen beharrten darauf, dass nur eine mit den fürstlichen Regierungen vereinbarte Verfassung Gültigkeit beanspruchen könne. So überraschte es nicht, dass der preußische König Friedrich Wilhelm IV. – überzeugt vom monarchischen Gottesgnadentum – am 3. April 1849 die Kaiserkrone aus den Händen des Volkes zurückwies (► M4). Der durch die gewählten Vertreter des deutschen Volkes vereinbarte und rechtlich konstruierte deutsche Nationalstaat wurde nicht verwirklicht.

Als sich die Niederlage der Revolutionsbewegung abzeichnete, kam noch einmal Empörung auf. In mehreren revolutionären Zentren (Sachsen, Pfalz, Baden) flammten letzte Volkserhebungen auf, in denen sich politische mit sozialen Zielen mischten. In Baden stellte sich in der sogenannten „Verfassungskampagne“ sogar fast die gesamte Armee und Verwaltung auf die Seite der Revolutionsregierung, mithilfe preußischer Truppen wurde jedoch der Aufstand niedergeschlagen. Die Aufständischen fielen Massenerschießungen oder Standgerichten zum Opfer, mussten sich vor Gericht verantworten oder ins Exil gehen. Inzwischen hatte auch die Nationalversammlung zu bestehen aufgehört. Viele Regierungen hatten die Abgeordneten zurückbeordert, nur noch ein „Rumpfparlament“ linker Abgeordneter tagte zunächst in Stuttgart weiter, wurde aber am 18. Juni 1849 durch Militär auseinandergejagt (► M5).

**Das Erbe der 1848er-Bewegung** ■ Als der Gesandtenkongress des Deutschen Bundes im September 1850 wieder zusammentrat, konnte es scheinen, als sei nichts geschehen. Es begann die Zeit der *Reaktion*. In den Bundesstaaten wurden viele Zugeständnisse rückgängig gemacht, fast alle politischen Vereine wurden verboten. 1851 hob der Bundestag die von der Paulskirche verabschiedeten Grundrechte wieder auf.

Dennoch hatten zahlreiche Errungenschaften der Jahre 1848/49 Bestand. Abgesehen von Österreich wurde der überall durchgesetzte Verfassungsstaat in keinem Staat des Deutschen Bundes wieder beseitigt. Die Zensur von Zeitungen und Büchern, bei der für die Veröffentlichung eine amtliche Genehmigung nötig war, blieb aufgehoben. In der Rechtspflege gab es wichtige Fortschritte. Nicht mehr infrage gestellt wurden auch gesellschaftspolitische Weichenstellungen. Dazu gehörten die Befreiung der Bauern aus den grundherrlichen Abhängigkeiten, das Ende der adligen Patrimonialgerichtsbarkeit, überhaupt das Ende der rechtlichen Sonderstellung des Adels.

Auf lange Sicht bedeutsam blieb, dass die Ereignisse 1848/49 das politische Bewusstsein breiter Bevölkerungsschichten weckten (► M6). Dem Volk gelang mit der Revolution ein großer Schritt aus dem Untertanenverhältnis. Viele Vertreter des fortschrittlichen Bürgertums wandten sich allerdings nach dem Scheitern des Versuchs, Einheit und Freiheit aus eigener Kraft zu erreichen, resigniert von ihren politischen Idealen ab und konzentrierten sich auf ihr wirtschaftliches und berufliches Fortkommen. Der gelungene Verfassungsentwurf eines föderalistisch angelegten, nationalen Rechtsstaats mit einer starken Volksvertretung, wie ihn die Paulskirche 1849 vorgesehen hatte, blieb trotz seines Scheiterns immer im politischen Gedächtnis der Deutschen. Nicht wenige Artikel wurden auch 1870/71, bei der Reichsgründung „von oben“, von den fürstlichen Regierungen berücksichtigt. Ein Leitbild war der Entwurf von 1848 für die verfassunggebenden Versammlungen 1919 und 1948/49.



#### ▲ Gedächtnistafel für Robert Blum.

Ölbild, das nach 1848 vom „Blumverein“ in Auftrag gegeben worden war.

Robert Blum wurde 1807 in Köln geboren und ging 1832 nach Leipzig, wo er als Theatersekretär, Publizist und Verleger tätig wurde. Als Vertreter der Stadt Zwickau, die ihn zum Ehrenbürger ernannt hatte, saß der Linksliberale im Frankfurter Vorparlament und übernahm dort eine führende Rolle. Nach dem Sieg der Gegenrevolution wurde Blum am 9. November 1848 in Wien hingerichtet.

## M1 Die Mannheimer „Märzforderungen“<sup>1</sup>

Die Mannheimer Bevölkerung ist die erste, die auf die Ereignisse in Frankreich reagiert: Am 27. Februar 1848, wenige Tage nach dem Sturz des französischen Königs, kommen ca. 2.500 Menschen zu einer Volksversammlung zusammen, um über die Abfassung einer Petition zu beraten. In dem Aufruf zur Versammlung heißt es:

Das französische Volk hat Ludwig Philipp abgesetzt<sup>2</sup>, hat das Joch der Tyrannei gebrochen. Die Schweizer haben das Jesuiten-Regiment gestürzt und den Sonderbund gesprengt.<sup>3</sup> Die Italiener haben freie Verfassungen kräftig sich errungen. Sollen wir Deutschen allein unter dem Joche der Knechtschaft verbleiben?

Der entscheidende Augenblick ist gekommen. Der Tag der Freiheit ist angebrochen. Vorwärts! ist der Ruf der Zeit. Die Not des Volkes muss ein Ende nehmen. Unser Wahlspruch sei:

Wohlstand, Bildung und Freiheit für alle Klassen des Volkes! Überall in Deutschlands Gauen, in Stadt und Land mögen die Männer der Tat zusammentreten, beschließen und vollziehen, was dem Volke Not tut, die ewigen Rechte des Volkes sollen und müssen jetzt zur Wahrheit werden.

In diesem Geiste haben viele Bürger und Einwohner Mannheims die beifolgende Petition beschlossen und unterzeichnet, welche sie in großer Anzahl Mittwoch, den 1. März, der Zweiten Kammer<sup>4</sup> der Landstände überbringen werden.

Wir hoffen und erwarten, dass ähnliche Schritte in allen Teilen des Vaterlandes vorbereitet und sogleich ausgeführt werden.

Es gilt jetzt, den Augenblick zu ergreifen. Zweiunddreißig Jahre lang haben wir fruchtlos gehofft. Jetzt gilt es zu fordern und unsern Forderungen Nachdruck zu geben.

Wo drei deutsche Männer im Geiste der Freiheit beisammen sind, mögen sie einen Stützpunkt der Zukunft Deutschlands bilden!

Das Comité

<sup>1</sup> Der Aufruf wurde auch „Mannheimer Petition“ genannt.

<sup>2</sup> Der französische König Louis Philippe (1773 - 1850) wurde wegen seiner Weigerung, das Wahlrecht auszudehnen, zur Abdankung gezwungen.

<sup>3</sup> Zur Abwehr liberaler Ideen hatten sich 1845 einige katholisch-konservative Kantone der Schweiz zum „Sonderbund“ zusammengeschlossen. Im Sonderbund-Krieg von 1847 konnten sich die freisinnig-liberalen Kantone militärisch gegen den Sonderbund behaupten; dieser wurde aufgelöst und eine neue föderative Bundesverfassung mit weitreichenden bürgerlichen und politischen Rechten eingeführt.

<sup>4</sup> Im Gegensatz zur Ersten Kammer, die aus ernannten Vertretern des Adels bestand, saßen in der Zweiten Kammer gewählte Abgeordnete.



▲ „Verkauf der Wahrheit.“

Ausschnitt aus einem Aquarell von Johann Nepomuk Höfel, Wien 1848.

Die Straße, von jeher Ort des Informations- und Meinungsaustausches der städtischen Bevölkerung, wurde durch die Revolution zu einem Schauplatz der politischen Öffentlichkeit.

Verbreiten Sie diesen Aufruf und die Petition unverzüglich in 30  
Ihren Nachbarorten!

*Die Versammlung verabschiedet die folgende Petition, die öffentlich zur Unterschrift ausgelegt und am 1. März 1848 dem Präsidenten der badischen Abgeordnetenversammlung überbracht wird.*

Hohe Zweite Kammer!

Eine ungeheure Revolution hat Frankreich umgestaltet. Vielleicht in wenigen Tagen stehen französische Heere an unse-



▲ „Die universale demokratische und soziale Republik.“

Farblithografie von Frédéric Sorrieu, um 1848.

Ein Festzug bewegt sich von rechts nach links an einer Freiheitsstatue mit Fackel und Menschenrechtstafel vorbei. Im Vordergrund liegen zerbrochene Herrschaftszeichen. Der Himmel wird von Engels- und Märtyrergestalten bevölkert, die sich auf den Erlöser (Messias) im Zentrum der oberen Bildhälfte zubewegen.

- Bestimmen Sie die Herkunft der Teilnehmer. Welchen Bevölkerungsschichten gehören sie an, woher kommen sie?
- Das Bild gilt als eine frühe sinnbildliche Darstellung der internationalen Solidarität. Was spricht für diese Deutung?

Forderungen zu ungesäumter Erfüllung bringt. Wir stehen für dieselben mit Gut und Blut ein und mit uns, davon sind wir durchdrungen, das ganze deutsche Volk.

Karl Obermann, Flugblätter der Revolution. Eine Flugblattsammlung zur Geschichte der Revolution von 1848/49 in Deutschland, Berlin 1970, S. 54 f.

1. Erschließen Sie aus den Forderungen die politischen und sozialen Verhältnisse in Deutschland vor Ausbruch der Revolution von 1848.
2. Erklären Sie, warum die Petition die Volksbewaffnung fordert. Informieren Sie sich über den Zusammenhang von Volksbewaffnung und Befreiungskriegen (1813 - 1815).

ren Grenzmarken, während Russland die seinigen im Norden zusammenzieht. Ein Gedanke durchzuckt Europa. Das alte System wankt und zerfällt in Trümmer. Aller Orten haben die Völker mit kräftiger Hand die Rechte sich selbst genommen, welche ihre Machthaber ihnen vorenthielten. Deutschland darf nicht länger zusehen, wie es mit Füßen getreten wird.

Das deutsche Volk hat das Recht zu verlangen: Wohlstand, Bildung und Freiheit für alle Klassen der Gesellschaft, ohne Unterschied der Geburt und des Standes.

Die Zeit ist vorüber, die Mittel zu diesen Zwecken lange zu beraten. Was das Volk will, hat es durch seine gesetzlichen Vertreter, durch die Presse und durch Petitionen deutlich genug ausgesprochen. Aus der großen Zahl von Maßregeln, durch deren Ergreifung allein das deutsche Volk gerettet werden kann, heben wir hervor:

- 1) Volksbewaffnung mit freien Wahlen der Offiziere
  - 2) Unbedingte Pressefreiheit
  - 3) Schwurgerichte nach dem Vorbilde Englands
  - 4) Sofortige Herstellung eines deutschen Parlaments
- Diese vier Forderungen sind so dringend, dass mit deren Erfüllung nicht länger gezögert werden kann und darf. Vertreter des Volks! Wir verlangen von Euch, dass Ihr diese

## M2 Zusammensetzung der Paulskirche

Bei einer Gesamtzahl von 812 Abgeordneten (einschließlich der zeitweilig einberufenen Stellvertreter) beteiligen sich in der Regel zwischen 400 und 540 Volksvertreter an den Abstimmungen. Sie lassen sich den folgenden Berufsgruppen zuordnen:

Höhere Beamte, Landräte	115	<b>Geistliche</b>	39	<b>Landwirte (Großgrundbesitzer und 3 Bauern)</b>	46
Mittlere Beamte	37	Rechtsanwälte, Advokaten	106	<b>Handwerker insgesamt</b>	4
Bürgermeister, Kommunalbeamte	21	Ärzte	23	<b>Promovierte ohne Berufsangabe</b>	35
Richter, Staatsanwälte	110	Schriftsteller, Journalisten	20	<b>Sonstige Berufe</b>	3
Offiziere	18	<b>Freiberufliche Intelligenz insgesamt</b>	149	<b>Nicht ermittelt</b>	44
Diplomaten	11	Großkaufleute, Kaufleute	35		
Hochschullehrer (49), Gymnasiallehrer	94	Fabrikanten	14		
Sonstige Lehrer	30	Verleger, Buchhändler	7		
<b>Staatsdiener insgesamt</b>	<b>436</b>	<b>Wirtschaftsbürgertum insgesamt</b>	<b>56</b>		<b>812</b>

Die Anteile der Fraktionen in der Frankfurter Paulskirche im Oktober 1848:

Donners-berg	Deutscher Hof	Westend-hall	Württem-berger Hof	Augsburger Hof	Landsberg	Casino	Café Milani	bei keiner Fraktion
7%	8%	7%	6%	7%	6%	21%	6%	32%
„Linke“ demokratisch		„linkes Zentrum“ parlamentarisch-liberal		„rechtes Zentrum“ konstitutionell-liberal			„Rechte“ konservativ	

Die Fraktionen wiesen in ihrer sozialen Zusammensetzung gewisse Regelmäßigkeiten auf, die – von rechts bis links be-  
 5 sehen – eine wachsende Distanz zu den bestehenden Verfas-  
 sungen in Deutschland und zum Staatsdienst anzeigten. Auf  
 10 der Rechten und im rechten Zentrum [...] häuften sich höhere  
 Staatsbeamte, Richter und Hochschullehrer; hinzu kamen  
 adlige Grundbesitzer und Großkaufleute; freie Berufe fanden  
 sich hier seltener, im „Casino“ etwa nur zu 10 %. Im linken  
 Zentrum („Württemberger Hof“ bis „Westendhall“) hielten  
 15 sich freie Berufe und Angehörige der Mittelschichten einer-  
 seits, Grundbesitzer, Großkaufleute und höhere Beamte  
 andererseits die Waage. Auf der Linken dominierte mit 40 %  
 im „Deutschen Hof“ und 50 % im „Donnersberg“ die freiberuf-  
 liche Intelligenz; zudem fand sich hier mit 30 % ein beträcht-  
 20 licher Anteil von Abgeordneten der unteren Mittelklasse.

Wolfram Siemann, Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt am Main  
 1993, S. 126 und 130

1. Die Paulskirche wird gerne als „Professorenparlament“ charakterisiert. Prüfen Sie, ob diese Bezeichnung angemessen ist. Welche Auffälligkeiten ergeben sich bei einer Analyse einzelner Fraktionen der Paulskirche?
2. Benennen Sie Berufs- oder Gesellschaftsgruppen, die Ihnen unterrepräsentiert erscheinen.

## M3 Ohne Österreich

Friedrich Christoph Dahlmann führt die „Göttinger Sieben“ an, jene Gruppe von Professoren, die 1837 gegen die Aufhebung der Verfassung des Königreichs Hannover protestieren und darauf-  
 5 hin ihres Amtes enthoben und zum Teil des Landes verwiesen werden.

In der Nationalversammlung von 1848/49 gehört er dem rech-  
 10 ten Zentrum an („Casino“-Fraktion) und ist Mitglied des Aus-  
 schusses für die Ausarbeitung der Reichsverfassung. Am  
 22. Januar 1849 nimmt er Stellung zur Frage, welche Grenzen  
 das Reich haben soll:

Uns tut ein Herrscherhaus not, welches sich gänzlich unserm  
 Deutschland widmet, gänzlich in Deutschland lebt und in  
 nichts anderem. Ein solches Herrscherhaus kann Österreich  
 uns nicht sein; es kann es nicht, denn es hangen diesem  
 Österreich, bei all seinem verdienten Ruhme, zu viel außer-  
 5 deutsche Sorgen an. Österreich krankt an seiner Stärke eben-  
 sosehr wie andere Staaten an ihrer Schwäche. Die schwer-  
 sten Sorgen Österreichs werden erst dann beginnen, wenn es  
 den langen Lauf seiner Siege vollendet hat. Österreich kann  
 uns, wie die Dinge gegenwärtig stehen, nicht vollständig  
 10 angehören.

An den Hohenzollern Preußens können wir ein solches Herrscherhaus nicht nur haben, sondern mit dem schlechtesten und dem besten Willen kann es kein Sterblicher dahin bringen, daß wir es nicht an ihm hätten. Es ist gar keine Zukunft für Deutschland möglich ohne Preußen [...]. Ich will meine Meinung unbekümmert sagen, wie übel sie auch von verschiedenen Seiten aufgenommen werde. Ihr dämpft das Feuer der Anarchie nicht, ihr dämpft dies zerstörende Feuer weder in den kleinen Staaten noch in den mittleren, noch in den großen endlich und in den größten der rein deutschen Staaten, als nur auf einem Wege, nur auf dem Wege, daß ihr eine kraftvolle Einheit einsetzt und durch diese Einheit die Bahn für die deutsche Volkskraft eröffnet, die zur Macht führt. Die Bahn der Macht ist die einzige, die den gärenden Freiheitstrieb befriedigen und sättigen wird, der sich bisher selbst nicht erkannt hat; denn es ist nicht bloß die Freiheit, die er meint, es ist zur größeren Hälfte die Macht, die ihm bisher versagte, nach der es ihn gelüftet. Deutschland muß als solches endlich in die Reihe der politischen Großmächte des Weltteils eintreten. Das kann nur durch Preußen geschehen, und weder Preußen kann ohne Deutschland, noch Deutschland ohne Preußen genesen.

Walter Wulf (Bearb.), Das Zeitalter der Restauration und des Liberalismus, Frankfurt am Main 1959, S. 35

1. Fassen Sie zusammen, wie Dahlmann seine Entscheidung für die kleindeutsche Lösung begründet.
2. Bewerten Sie das Verhältnis von Freiheit und Macht, das in der Rede deutlich wird.

#### M4 Die Ablehnung der Kaiserkrone

Am 3. April 1849 bietet eine Paulskirchenabordnung dem preußischen König Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserwürde an. Der König hat sich mit dieser Frage bereits im Dezember 1848 in einem Brief an den preußischen Gesandten in London, Freiherrn von Bunsen, beschäftigt:

Ich will weder der Fürsten Zustimmung zu der Wahl noch die Krone. Verstehen Sie die markierten Worte? [...] Die Krone ist erstlich keine Krone. Die Krone, die ein Hohenzoller nehmen dürfte, wenn die Umstände es möglich machen könnten, ist keine, die eine, wenn auch mit fürstlicher Zustimmung eingesetzte, aber in die revolutionäre Saat geschossene Versammlung macht, [...] sondern eine, die den Stempel Gottes trägt, die den, dem sie aufgesetzt wird, nach der heiligen Ölung „von Gottes Gnaden“ macht, weil und wie sie mehr denn 34 Fürsten zu Königen der Deutschen von Gottes Gnaden gemacht und den letzten immer der alten Reihe gesellt.



#### ▲ „Wat heulst'n kleener Hampelmann?“

Lithografie von Ferdinand Schröder, April 1849 (beschnitten). Die Borussia, Sinnbild der Preußen, fragt Heinrich von Gagern, der im Dezember 1848 zum Reichsministerpräsidenten bestimmt worden war: „Wat heulst'n kleener Hampelmann?“ – „Ick habe Ihr'n Kleenen 'ne Krone jeschnitzt, nu will er se nich!“ Rechts spielt der „Kleene“ mit dem Berliner Bären.

Die Krone, die die Ottonen, die Hohenstaufen, die Habsburger getragen, kann natürlich ein Hohenzoller tragen; sie ehrt ihn überschwänglich mit tausendjährigem Glanze. Die aber, die Sie – leider – meinen, verunehrt überschwänglich mit ihrem Ludergeruch der Revolution von 1848, der albernstem, dümmsten, schlechtesten, wenn auch gottlob nicht der bösesten dieses Jahrhunderts. Einen solchen imaginären Reif, aus Dreck und Letten<sup>1</sup> gebacken, soll ein legitimer König von Gottes Gnaden, und nun gar der König von Preußen sich geben lassen, der den Segen hat, wenn auch nicht die älteste, doch die edelste Krone, die niemand gestohlen ist, zu tragen. [...] Ich sage es Ihnen rund heraus: Soll die tausendjährige Krone deutscher Nation, die 42 Jahre geruht hat, wieder einmal vergeben werden, so bin ich es und meinesgleichen, die sie vergeben werden; und wehe dem, der sich anmaßt, was ihm nicht zukommt.

Aus der Erwiderung Friedrich Wilhelms IV. an die Abordnung der Nationalversammlung vom 3. April 1849:

Ich bin bereit, durch die Tat zu beweisen, dass die Männer sich nicht geirrt haben, welche ihre Zuversicht auf Meine Hingebung, auf Meine Treue, auf Meine Liebe zum gemeinsamen deutschen Vaterlande stützen.

<sup>1</sup> Letten: anderes Wort für Lehm



## M6 Mentalitätswandel

*Der Historiker Hartwig Brandt geht in einem Kapitel über „Die Revolution als Epochenwende“ auf Umbrüche in der Mentalität des deutschen Bürgertums ein:*

Die Revolution von 1848/49 war eine bürgerliche Revolution – bei allen Beimischungen und Sonderlagen, die es fraglos gab. Es war das Bildungsbürgertum, welches in ihr dominierte, nicht nur im liberalen Lager, wo dies als plausibel erscheint, sondern auch bei Republikanern und Radikalen. Nur in Polen und Ungarn war es der Adel, welcher die Entwicklung vorantrieb.

Das „Bürgerliche“ der Revolution trat in einer Mentalität hervor, die vor allem durch den Liberalismus geprägt wurde. Eine Denkweise, die vorindustriell, aber fortschrittsgläubig-optimistisch zugleich war. Sie verwarf den Klassengedanken und propagierte die allgemeine Bürgergesellschaft – ohne Ansehen von sozialem Rang und wirtschaftlicher Potenz. Aber sie pflegte das Eigentum [...] als Sakrament ihrer Lehre, als Unterpfand aller bürgerlichen und politischen Rechte.

Solche Vorstellungen, die aus dem Vormärz überkommen waren, zeigten sich auch in der Revolution noch weitverbreitet. Ja, sie erklären erst manche Eigenheiten ihrer Entwicklung. So lebte die Überzeugung fort, dass allein schon der Gedanke die Politik zu bewegen vermöge. Eine Mitgift vergangener Jahre, die sich in den Anfängen des Umbruchs zu bestätigen schien. Dass Staatsspitzen und Regierungen im Frühjahr 1848 die Macht ohne Widerstand preisgaben, dass diese, wie man sagte, gleichsam „auf der Straße lag“: dies erschien als eine Bestätigung dessen, was die Philosophie des Vormärz gelehrt hatte. So verstanden, war die Revolution, wie sie im Weiteren ihren Verlauf nahm, ein fortgesetzter Prozess politischer Ernüchterung.

Aber auch darin schien sich die hochgestimmte Vorstellung von Politik zunächst zu bestätigen, dass auf die hermetischen Verhältnisse des Vormärz eine Zeit der öffentlichen Diskussionen, des politischen Biwak[s]<sup>1</sup> folgte, der Versammlungen, der Vereine, der Demonstrationen, der politischen Teilhabe bis in die Unterschichten hinab – wie übrigens auch der Frauen, die in der Revolution erstmals öffentlich-politisch hervortraten. „Wer sich des regen Treibens in den Jahren 1848 und 1849 erinnert, der könnte in der That der Meinung werden, er sei unter ein anderes Geschlecht versetzt, wenn er mit ansieht, wie lau und flau es am Vorabend einer neuen Abgeordnetenwahl zugeht. Es sind die Straßenecken und Hausthüren sicher vor Plakaten, auf den öffentlichen Plätzen und in den Wirtschaftslokalen findet man keine Volksredner

mehr, und wenn der Gemeinderath eine öffentliche Sitzung ankündigt, so kann man beinahe darauf rechnen, daß außer den amtlich Vorgerufenen kein Mensch erscheint.“ So schrieb die „Schwäbische Chronik“ 1851. Erst aus der Rückschau wurde den Zeitgenossen das Drängende, das Fieberhafte, das Oszillierende der Revolutionszeitläufe bewusst.

So begannen die fünfziger Jahre als ein Dezennium<sup>2</sup> der politischen Illusionierung. vielerorts kehrten vorrevolutionäre Gewohnheiten und Institutionen zurück. Aber die Mentalität war nicht mehr die des Vormärz. Es fehlte die Erwartungshaltung, es fehlte die Gewissheit von der Veränderungskraft des Gedankens. Vormärz und Revolution waren die letzten Ausläufer dessen, was die Aufklärung in die Welt gesetzt hatte. Die postrevolutionäre Mentalität war also eine andere. Sie ließ sich von den Verhältnissen leiten, passte sich ihnen an. Sie wollte „realistisch“ sein, wie die neue Vokabel hieß. Politisch: Sie richtete ihren Blick auf die Macht – nicht nur die etablierte von Bürokratie und Militär, sondern auch auf die virtuelle in der Gesellschaft. Rochaus Buchtitel von 1853 („Grundsätze der Realpolitik“)<sup>3</sup> gab der Epoche das Stichwort. Der Wandel ging freilich darüber hinaus. Die Politik selbst hatte ihren Rang als Gegenstand des höchsten Interesses verloren. Der Bürger zog sich ins private Leben zurück, ein zweites Biedermeier kündigte sich an. Zum anderen galt die Aufmerksamkeit nun zuvorderst anderen Disziplinen und Dingen, jenen, welche mit „Realien“ zu schaffen hatten: Technik, Naturwissenschaften, Ökonomie. Die voranschreitende Industrialisierung, der wirtschaftliche „Take-Off“, in dem die materiellen Tendenzen zusammenschossen, beanspruchte das höchste Interesse. Die Industrie wiederum, die Liaison von Technik und Ökonomie, förderte das Prinzip des Massenhaften, auch dies eine Zeittendenz: Massenquartiere, Massenproduktion, Massenkonsum. Auch die Politik erfuhr, durch die Ausweitung des Wahlrechts, einen Zug in diese Richtung. Der klassischen Politik, noch vom Individualitätsgedanken geprägt, war eine solche Entwicklung fremd. 1848 hatte sie ihren letzten historischen Auftritt.

Hartwig Brandt, Europa 1815-1850. Reaktion – Konstitution – Revolution, Stuttgart 2002, S. 212 f.

1. *Vor, während und nach der Revolution: Fassen Sie angesprochene Ähnlichkeiten und Unterschiede in den Denk- und Verhaltensweisen des deutschen Bürgertums thesenartig zusammen.*
2. *Erläutern Sie, wo Ihnen in Ihrem persönlichen Umfeld deutliche Mentalitätsunterschiede begegnen.*

<sup>1</sup> Biwak: Truppenlager unter freiem Himmel oder in Zelten

<sup>2</sup> Dezennium (lat.): Jahrzehnt

<sup>3</sup> August Ludwig von Rochau (1810-1873) führte mit seinem Buch den Begriff „Realpolitik“ in die politische Diskussion ein.